

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1.00 Pf., auswärts 1.20 Pf., monatlich 2.— Pf. Anzeigen unter 5 cm 4.50 Pf., auswärts 5.— Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereine, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 0.70 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Pf., das letzte Wort 1.00 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Poststraße 4/5) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.
Postfach-Konto: Postfachamt Breslau Nr. 5352.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in übergebene Mitteilung hat folgenden Inhalt:
1. Die alliierten Regierungen lehnen die Verantwortung für die von den Sowjets erhobenen Ansprüche ab.
2. Mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Rußlands sind die alliierten Regierungen bereit, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen, später zu vereinbarenden Höhe abzulassen und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen.
3. Der Sowjetregierung kann in folgenden Punkten nicht entgegen gekommen werden: a) hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Rußland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat; b) hinsichtlich des Rechtes solcher fremden Staatsangehörigen auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz für erlittene Schäden aus diesem Eigentum.

Einverständnis über den „Friedenspakt“!

Alliierte Einheitsfront gegen die deutsche Darstellung des „Zwischenfalls“.

„Nicht der Schatten eines Beweises.“ — Vorbehalt der irreführenden Ungültigkeit des deutsch-russischen Vertrages. Der „Zwischenfall“ abgeschlossen.

Die Note, die die Signatarmächte auf die Note der deutschen Delegation vom 18. April 1922 als Antwort gerichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Genau, 22. April. Herr Präsident! Die Unterzeichneten bestätigen den Empfang Ihrer Antwort auf die Note vom 18. 4. in der Ihnen von dem Standpunkt Kenntnis gegeben wurde, zu dem sie sich gegenüber dem Vertrage zwischen der russischen Delegation und der deutschen Delegation geäußert haben. Sie stellen mit Genugtuung fest, daß die deutsche Delegation der Tatfache Rechnung trägt, daß der Abschluß eines Sondervertrages mit Rußland über zum Tätigkeitsgebiet der Konferenz gehörige Fragen es unerwünscht macht, daß diese Delegation weiterhin an der Erörterung der Bedingungen eines Abkommens zwischen Rußland und den verbleibenden auf der Konferenz vertretenen Ländern teilnimmt. Die Unterzeichneten würden es vorgezogen haben, von jeder Fortsetzung des Schriftwechsels über diese Angelegenheit abzusehen. Ihr Brief enthält jedoch gewisse Behauptungen, zu deren Richtigstellung sie sich verpflichtet fühlen. Nach Ihrem Schreiben hat sich die deutsche Delegation zum Abschluß eines Sonderabkommens mit Rußland geäußert, wobei Mitglieder der Delegationen der einladenden Mächte die Prüfung großer Schwierigkeiten abgesehen hätten, welche die von ihren Sachverständigen in London aufgestellten Vorschläge für Deutschland geschaffen haben würden. Die Unterzeichneten Vertreter der einladenden Mächte haben bei den Mitgliedern ihrer Delegationen Nachforschungen angestellt und haben festgestellt, daß nicht der Schatten eines Beweises für diese Behauptung vorliegt. Die Mitglieder der deutschen Delegation haben sich zu wiederholten Malen mit Mitgliedern der Delegationen der einladenden Mächte getroffen und unterhalten, sie haben jedoch niemals zu verstehen gegeben, daß die Londoner Vorschläge keine geeignete Basis für die Konferenzberatungen seien und daß die deutsche Delegation im Begriff stehe, mit Rußland einen Sondervertrag abzuschließen. Die Behauptung, daß die offiziellen Beratungen mit den Russen über die Anerkennung der Schulden der Delegation der Gefahr ausgesetzt hätten, sich einem für Deutschland unannehmbaren und von der Mehrheit der Mitglieder der Kommissionen bereits gebilligten Entwurf gegenüberzusetzen, ist gleichfalls unbegründet. Ein Entwurf wäre nicht von der Konferenz angenommen oder hätte von ihr angenommen werden können, ohne die volle Möglichkeit seiner Erörterung in den zuständigen Kommissionen oder Unter-Kommissionen zu geben, und in diesen Kommissionen und Unter-Kommissionen war Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den anderen Mächten vertreten. Ein Irrtum über die Tragweite der Sachverständigenberichte oder eine falsche Auslegung der offiziellen Unterhaltung mit den Russen hätte aus dem Verlangen nach einer eingehenden Erörterung mit den Kommissionen der Konferenz rechtfertigen können, dagegen können Sie in keiner Weise das verfolgte Verfahren rechtfertigen, und die Unterzeichneten können nur bedauern, daß Ihre Note den Versuch macht, auf diese Weise die Verantwortung für ein Verfahren, das mit dem für die Wiederherstellung Europas notwendigen Geiste loyaler Zusammenarbeit so sehr in Widerspruch steht, anderen Mächten zuzuschreiben. Die Unterzeichneten behalten ihren Bestimmungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zuwiderlaufend befunden werden. Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen angesehen werden. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung usw.

lungen, die durch die offene und loyale Haltung der einladenden Mächte genügend widerlegt werden. Wir sind überzeugt, daß Gen. Excellenz mit mir die Notwendigkeit anerkennen werden, die Haupt der Delegationen, die sich unter Ihrem Vorsitz vereinigt und die Note vom 18. April unterzeichnet haben, zusammen zu berufen, um über die durch die deutsche Note geschaffene Lage zu beraten. Diese Beratung muß, um nützlich zu sein, binnen kürzester Frist stattfinden. gez.: Barthou.

Der Reichskanzler hat an de Facta darauf folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident! Es wird der Text eines Schriftstückes in der Öffentlichkeit verbreitet, das der Präsident der französischen Delegation an Sie gerichtet haben soll. In diesem Schreiben wird, wie mir mitgeteilt wird, in Bezug auf meinen Brief vom gestrigen Tage die Wendung „allegations mensongères“ (lügenhafte Behauptungen), gebraucht. Sollte dieser Ausdruck wirklich gefallen sein, so sehe ich mich gezwungen, entschieden Einspruch gegen diesen beleidigenden Ausdruck zu erheben, womit der an einem besonders feierlichen Tage der Konferenz von Jänen, Herr Präsident, so nachhaltig betonte und so tatkräftig vertretene Geist der Konferenz von Genua auf das schwerste verletzt wird. Genehmigen Sie, Herr Präsident usw.

Die Wirkung der alliierten Note. — Staatssekretär von Simson nach Berlin entsandt. — Lloyd Georges Friedenspakt kommt. — Vor unserm Eintritt in den Völkerbund.

(Von unserem Sonderberichterstatter in Genua.)
Trotz Aufgebot der besten juristischen Kräfte im Ententeslager hat es bisher niemand gewagt, ernsthafte Widersprüche zwischen dem von Deutschland und Rußland abgeschlossenen Vertrag und dem Versailler Friedensdokument festzustellen. Es wird jedenfalls auch in Zukunft niemand geben, der entsprechende Behauptungen aufstellt, die einem neutralen Juristenkollegium standhalten könnten. Meistens ist der Vorbehalt des Einspruchsrechts in der letzten Note der Mächte auf ausdrücklichen Wunsch des Notenschatzes ausgenommen worden. So schlug man zwei Fingern mit einer Klappe, fürte Barthous Stellung und gab gleichzeitig den Schreibenden in Paris Gelegenheit, jetzt der französischen Regierung bei der Aufhebung der Widersprüche zu helfen, von denen sie schon einige Tage gelebt haben.
Noch ist die anfängliche Ruhe und Stille nicht wieder hergestellt. Die Zurückhaltung, die sich deshalb für uns in Genua schick, ist auch für die Heimat in Bezug auf die Unterzeichnung, ob der Vertragsabschluss notwendig war oder nicht, angebracht. Die deutsche Delegation in Genua hat bereits den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Simson, mit dem notwendigen Material ausgestattet, nach Berlin geschickt, um die dort weilenden Mitglieder der Reichsregierung, sowie die führenden Parlamentarier über die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses zu unterrichten.

Man erwartet, daß die Arbeiten in den verschiedenen Unterkommissionen jetzt sehr bald zum Abschluß gebracht werden, sobald die Plenarkommission ihr Ergebnis bereits bis Donnerstag würde ratifizieren können. Am Freitag soll darauf Lloyd George einen Pakt einbringen, nach dem sich alle Mächte, die Konferenzteilnehmer sind, verpflichten, bewaffnete Angriffe gegeneinander vorläufig einzustellen. In seinem Presseempfang am letzten Donnerstag hatte der englische Ministerpräsident diese Absicht deutlich durchblicken lassen, als er einen solchen Pakt als ledigliches Ergebnis der Genuefer Konferenz bezeichnete. Es handelt sich eigentlich nur um die Wiederholung einer der wichtigsten Bestimmungen des Völkerbundsstatuts. Deshalb gilt die Zustimmung sämtlicher Ententesstaaten und auch der Neutralen als gesichert. Die einzige Neuerung, die allerdings entscheidend wäre, würde in der Ausdehnung der Bestimmungen auf Deutschland und Rußland liegen. Dadurch wäre die entscheidende Voraussetzung für den Eintritt Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund gegeben.

Ein scharfes englisches Wort gegen „die alten Alliierten“.

Bei dem gestrigen englischen Presseempfang hat der englische Ministerpräsident Sir Edward Grigg folgendes erklärt: Der englische Ministerpräsident Lloyd George habe in der heutigen Sitzung der Signatarmächte das Wort genommen und seine Zufriedenheit ausgedrückt über die friedvollen Erklärungen von Seiten des Herrn Bratiano, die er im Namen der kleinen Entente gemacht habe. Lloyd George führte weiter aus, daß er auf das Engste mit den alten Alliierten zusammenarbeiten wolle. Man müsse jedoch darüber vollkommen klar sein, diese Zusammenarbeit sei nur dann möglich, wenn sie im Sinne einer vollkommen friedlichen Politik erfolge. Wenn das Gegenteil der Fall wäre, wenn man jeden künftigen Zwischenfall schaffen wolle, und einer Zustand der ständigen Beunruhigung aufrecht in Europa, so würde die englische Demokratie nicht fortfahren können, mit den alten Alliierten zusammenzuarbeiten und ihre Handlungsfreiheit zurücknehmen müssen.

Was die Alliierten den Russen bewilligen und verweigern.

Die am 15. April von Lord George der russischen Delegation übergebene Mitteilung hat folgenden Inhalt:
1. Die alliierten Regierungen lehnen die Verantwortung für die von den Sowjets erhobenen Ansprüche ab.
2. Mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Rußlands sind die alliierten Regierungen bereit, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen, später zu vereinbarenden Höhe abzulassen und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen.
3. Der Sowjetregierung kann in folgenden Punkten nicht entgegen gekommen werden: a) hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Rußland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat; b) hinsichtlich des Rechtes solcher fremden Staatsangehörigen auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz für erlittene Schäden aus diesem Eigentum.

Die Forderungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses zur Weltpolitik.

Auf dem internationalen Gewerkschaftskongress wurde gestern der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas erörtert. Der Berichterstatter Jouhaux betonte die dringende Notwendigkeit, Europa von Grund auf neu aufzubauen. Solange die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht wiederhergestellt sind, solange nicht ein Kreditssystem auf internationaler Basis unter der Kontrolle eines Finanzforums geschaffen ist und solange nicht die Notwendigkeit erkannt ist, daß alle Völker sich gegenseitig helfen müssen, wird das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ungelöst bleiben.
Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leypart, erklärte namens der deutschen Delegation, daß er den Ausführungen Jouhaux zustimme. Leypart stellte fest, daß Deutschland die Nation sei, die am schwersten heimgejagt worden sei von der durch die Regierungen befolgten nationalistischen Politik. Er legte die wirtschaftliche Lage Deutschlands dar, um die Behauptungen zurückzuweisen, daß sich die deutsche Industrie und die deutschen Arbeiter in guter Lage befänden. Leypart schloß mit dem Wunsche, daß die Politik des Hasses und der Rache, welche bereits soviel Elend nicht nur über die Deutschen, sondern auch über die Arbeiter der ganzen Welt gebracht habe, so früh wie möglich beendet werde, um ersetzt zu werden durch eine Politik der Eintracht und Solidarität unter den Völkern und durch eine Vera der gemeinsamen friedlichen Arbeit.
Turner, England, stimmte im Namen seiner Delegation den Gedankengängen Jouhaux zu. Suozzi, Italien, hielt keine Meinung für möglich, wenn nicht zwei ungeheure Probleme gelöst würden, nämlich die Streichung der Kriegsschulden und die Frage der Kohlen, Radium, Dänemark, stimmte dem zu. Der Kongress nahm darauf die bereits in Genua ausgearbeitete Entschließung an, welche erklärt, daß die augenblickliche Lage nicht allein durch finanzielle Operationen gelöst werden könne und die die Abschaffung jeden Kohlenmonopols, die Streichung der gegenseitigen Schulden und die Einstellung einer Wirtschaftspolitik, der nationalistische Motive zugrunde liegen, fordert.

Der König von Italien in Genua.

(Sonderbericht von unserem Vertreter in Genua.)
Der Empfang des Königs durch die Genuefer Bevölkerung gestaltete sich bei ungünstigem Wetter ziemlich stimmungsvoll. Man sah zwar unzählige Fahnen und Menschen, die Beifall klatschten und Hurra riefen, als der König erschien, das Ganze aber trug fast den Charakter einer offiziellen Ovation. Man sah viele Offiziere in Gala-Uniformen und durch Abzeichen kenntlich gemachte Faschisten, die andauernd in die Hände klatschten.
Dem Empfang in der Präsektur folgte das Frühstück auf einem Kriegsschiff. Unter den Ehrengästen, die an der Tafel des Königs Platz nahmen, befanden sich auch die deutschen Reichsminister, mit denen sich der König längere Zeit in deutscher Sprache unterhielt. Auch Tschitscherin und Krassin waren als Gäste anwesend. Sie erklärten, wenn man schon mit kapitalistischen Staaten verhandle, könne man auch die Einlabung eines Königs annehmen. Gegen 2 1/2 Uhr erfolgte die Rückfahrt des italienischen Königs durch die Stadt, die von Militär überfüllt war. Wir Deutschen konnten uns dabei dem glücklichen Gefühl hingeben, die Zeit des Parademarsches überstanden zu haben. Unser Bedauern galt den Soldaten, die stundenlang im Stahlschirm und im Regen warteten, bis der König mit großem Gefolge die Front im Auto abfuhr.

Polens Ziel in Genua.

Die Warschauer Blätter melden, die polnischen Gesandten in London und Paris führen den von Skirmunt begonnenen Meinungsaustausch wegen Anerkennung der polnischen Ostgrenzen weiter. Skirmunt selbst unterhandelt in Genua mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Schanger.

Litauens Bemühungen in Genua.

Die litauische Presse meldet, daß die litauische Delegation in Genua beschlossen habe, bei der politischen Kommission die Bildung eines Sonderausschusses aus Vertretern des Großmächte, Litauens, Rußlands und Polens zu beantragen. Der Ausschuss soll die Regelung verschiedener Gebietsfragen, u. a. der Wilna- und der Memelfrage, sowie der Frage der polnischen Ostgrenzen, besprechen. Auch will die litauische Delegation die de-jure-Anerkennung Litauens zur Sprache bringen, die seitens einiger Staaten, darunter Frankreich und Polen, noch nicht erfolgt ist.

Notenduell zwischen Barthou und Birtth.

Der obigen Note aller alliierten und assoziierten Mächte war ein Vorstoß Barthous vorausgegangen, der den „Zwischenfall“ zu verewigen suchte.

Dieser Brief Barthous an den Präsidenten der Konferenz de Facta hat folgenden Wortlaut:

„An den Präsidenten der Konferenz von Genua!

Ich habe bis jetzt nur aus den Zeitungen von dem Text des Briefes Kenntnis erhalten, den der deutsche Reichskanzler heute, Sonnabend, Euer Excellenz überhandt hat. Ich halte es indessen für nötig, Ihnen unverzüglich die ausdrücklichen Vorbehalte zu übermitteln, zu denen ein Allenfalls Anlaß geben muß, das mir unzulässig erscheinen muß, wenn der Text authentisch ist worauf hier alles hindrückt. Die deutschen Delegierten stellen den Vertrag als rechtmäßig zuulässig hin. Die französischen Delegierten sind der Meinung, daß, ohne hier von anderen Verpflichtungen oder Abkommen Deutschlands zu sprechen, dieser Vertrag die Grundzüge von Cannes verleiht. Auf der anderen Seite haben die Alliierten festgestellt, daß der deutsch-russische Vertrag den Geist wechselseitiger Zusammenarbeit unterläßt und daß die Konferenz zusammengeführt hat. Die Alliierten stimmen darin überein, daß ihre Einigkeit ihnen nicht gestattet wäre, mit den deutschen Vertretern in der Kommission für die russischen Fragen zusammenzuarbeiten. Die deutsche Note gibt dem Schreiben vom 18. April eine unzulässige Auslegung. Es wäre zwecklos, auf die Einzelheiten der von der deutschen Delegation aufgestellten Behauptungen einzugehen, lägen die Behauptungen

Suhs Bestattung.

50 000 Trauergäste.

Essen, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Beerdigung des Genossen Suhs fand heute unter ungeheurer Beteiligung aus allen Kreisen der Arbeiter- und Bürgerschaft statt.

Nach einem Orgelspiel und einem Siederortrag des Volkshores hielt Verbandsvorsitzender Genosse Huemann eine tiefempfundene Ansprache, in der er das Wirken des Genossen Suhs als Mensch und Kämpfer, seine Verdienste um die Arbeiterklasse, insbesondere um die Bergarbeiterschaft und des deutschen Volkes, insbeson-

Seine Einkäufe am 1. Mai!

Der 1. Mai soll in diesem Jahre wieder durch Arbeitsruhe des gesamten Proletariats begangen werden. Leider ist es bisher nicht allen Arbeiterkategorien möglich gewesen, diesen Festtag der Arbeit zu begehen, da die Unternehmer teils mit drakonischen Gegenmaßnahmen zur Hand waren oder auf die schwere Gefahr für die Bevölkerung hinwiesen, wenn in diesem oder jenem Gewerbe an einem Tage die Arbeit ruht.

Schlechte Tage für Spekulanten.

Der Rückgang der Kurse am Devisenmarkt letzte sich am Sonnabend in verstärktem Tempo fort. Amlich notierten Rubel 267, London 1160, Amsterdam-Rotterdam 10 200.

Deutschlands neue Zahlungstermine.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note:

Nachdem die deutsche Regierung 1921 in bar die Summe von 1 Milliarden Goldmark gemäß dem Zahlungsplan vom 5. Mai bezahlt hat, wurde am 14. Dezember ein Aufschub für die Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar nach, die im gleichen Zahlungsplan vorgesehen waren.

- a) Während des vorläufigen Aufschubes sollte die deutsche Regierung in Auslandsdevisen alle 10 Tage einen Betrag von 31 Millionen Goldmark zahlen. Die erste Zahlung sollte am 18. Januar erfolgen;
b) die deutsche Regierung sollte innerhalb von 15 Tagen der Kommission einen Entwurf von Reformen mit geeigneten Garantien seines Haushaltes und Gehaltsumlaufes vorlegen, sowie ein vollständiges Programm der Verzinsungen und Abschreibungen für 1922;
c) der vorläufige Aufschub läuft ab, sobald die Kommission über die alliierten Regierungen Entscheidung über das in b

Das neue Karthago.

Von Georges Colhard.

(Katholik verboten.)

Endlich, um einen letzten Schlag zu führen, zeigt er ihnen die Briefe der Abenteurer, die da unten sehr geworden sind. O, sie sind äußerlich wie das Evangelium, diese Epistoläer Brüder Sie sind nur, Sie, der Schulmeister, da Sie lesen können. Sie sind die Siegel und die Stempelabdrücke auf dem Umschlag, die Namen der Poststationen von unterwegs. Und diese Briefmarken, diese kleinen Köpfe, zeigen nicht die Züge unleser Königs "Panopt". Lesen Sie selbst, bei Schulmeister! Sie sehen doch, daß ich Ihnen nichts vorzubringen. Was ich Ihnen sage, steht da schwarz auf weiß.

In diesen Briefen stehen fantastische Lobpreisungen, die von Europa aus bestellbar oder von unten von den Agenten in den Fingern ausgebreitet werden. Die schlauen Köpfe würden selbst Gebildete betrügen. "Jawohl, Jungens, ich selbst reise in ein paar Tagen wieder ab. Als entschuldigend! Wer will mich begleiten? So wahr ein Gott lebt, ich konnte mich nicht mehr an unser armes, kleines Europa gewöhnen."

Und der spähige Gannev führt fort, sie auf den Leim zu locken. Zuweilen läßt er, um seinen Reden mehr Nachdruck zu verleihen, mit schmerzlicher Gleichgültigkeit eine Handvoll Goldstücke auf dem von den Biergläsern schmierzigen Tische rollen. Es sind große, ausländische Münzen. Da unten bezahlt man nur mit Gold, und zwar mit Stücken, so groß wie unsere kleinen Frankfurterstücke in Silber. Beim Klänge der Münze blüht das Auge des kleinen Kuhhirtens auf wie das eines Conquistadors, und er sieht schon, wie sein jetzt noch so schmerzliches Reich Hunderten von Dienstboten beschließt, sich in Spitzen kleidet und sich auf dem Felde mäht.

Nach Hause zurückgekehrt, können die Bauern diese Silber wieder; sie können nicht schlafen, aber sehen sie wieder im Traum. Die Gemächer besprechen auf dem Kapitol die Sache mit ihren Frauen: erst trauern diese nach wem sie nicht wissen, aber schließlich lassen sie sich überreden und verleben.

Auf den Feldern, unter dem trüben Himmel, mitten in der langsamsten Ernte, was sie die Erde bearbeiten, die ihnen noch nie so widerständig schien, kommt die Entscheidung wieder, und läßt bei der Arbeit, die Alten und das Kind auf die Erde

ermöglichte Programm treffen. Auf Grund der Bedingungen unter b hat die deutsche Regierung der Kommission am 28. Februar eine Reihe von Dokumenten vorgelegt, auf Grund welcher die Kommission am 21. März die Entscheidung traf, durch die Deutschland für Zahlungen und Sachleistungen für 1922 ein Teilausschub bewilligt wurde, dessen Beibehaltung von der Erfüllung einer Reihe von Reformen abhängig gemacht wird.

Diese Entscheidung beendete auf Grund des Abzuges den vorläufigen Zustand der Defizitanzahlung, infolge dessen Deutschland vom 18. Januar bis 18. März 1922 sieben Zahlungen von 31 Millionen geleistet hat, die zusätzlich der vor dem 18. Januar erfolgten Zahlungen den Gesamtbetrag am 23. März auf 181 948 920,49 Goldmark bringen. Anstelle des Systems der Defizitanzahlungen wurden folgende Verfalltage festgelegt: 18 051 079,51 Goldmark am 15. April 1922, 30 Millionen Goldmark am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober, 60 Millionen Goldmark am 15. November und 15. Dezember 1922. Am 7. April antwortete die deutsche Regierung der Reparationskommission hinsichtlich der Reformen, deren Durchführung Bedingung zur Beibehaltung des Ausschubes ist. Jedoch hat das Schreiben die Reparationskommission nicht befriedigt. Sie antwortete ihrerseits am 13. April. Die beiden Schreiben wurden in der Presse veröffentlicht. Die deutsche Regierung hat jedoch am 15. April die erste monatliche Zahlung geleistet, die in der oben genannten Auflistung vorgelesen ist.

Die neue Wahlordnung für die Elternbeiräte.

Dem amtlichen Preussischen Pressebüro zufolge hat die vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassene Wahlordnung für die Elternbeiräte den folgenden Wortlaut (die in Fettdruck gestellten Stellen geben die Änderungen in der Wahlordnung wieder):

Das aktive und passive Wahlrecht steht den Eltern sämtlicher die Schule besuchenden Kindern zu, auch der Gast- und fremden Schulkinder, und zwar sowohl den Vätern als auch den Müttern, ferner den Adoptiv- und Stiefkintern, sowie den Pflegeeltern, die ein Schulkind darunter sind im wesentlichen unentgeltlich in ihrer Familie erzogen.

Die Mitglieder des Lehrkörpers haben, wenn ihre Kinder die Schule besuchen, das aktive Wahlrecht wie alle anderen Eltern. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme, gleichviel wieviele seiner Kinder die Schule besuchen.

1. Die ordentlichen Neuwahlen der Elternbeiräte finden in den ersten 8 Wochen nach dem Frühjahrsergebnis des Unterrichts im neuen Schuljahr statt.

Die Wahl erfolgt am 2. Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

2. Der Wahltermin wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt und bekanntgemacht. Die Wahlen finden in der Regel am Sonntag oder Feiertage entweder in der Schule oder in einem anderen geeigneten Orte statt. Die Wahlen sind mindestens 5 Stunden Zeit zu gewähren. Eine längere Wahlfrist kann die Schulaufsichtsbehörde nach dem örtlichen Bedürfnis festlegen.

3. Der Schulleiter stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt sie regelmäßig spätestens 4 Wochen vor der Wahl zwei Wochen lang zur öffentlichen Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist gestattet, von der Wählerliste Abschrift zu nehmen. Einsprüche gegen die Liste sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem Schulleiter anzubringen. Dieser ist berechtigt, wenn es sich um einen Einspruch gegen das Fehlen eines Wahlberechtigten in der Liste handelt, selbständig dem Einspruch stattzugeben. Nur er dies nicht oder handelt es sich um einen Einspruch gegen die Aufnahme bestimmter Personen als Wahlberechtigten in die Liste, so entscheidet der Wahlvorstand (Ziffer 4).

4. Ferner beruft der Schulleiter im Einvernehmen mit dem bestehenden Elternbeirat in der Regel 4 Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. Die Einberufung kann durch Vermittlung der Schulkinder oder durch öffentliche Auforderung erfolgen. In der Elternversammlung hat der Schulleiter die Satzungen des Elternbeirates und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekanntzugeben, auch die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben, auf das Ausliegen der Wählerliste (Ziffer 3) und die Zulässigkeit des Einspruchs hinzuweisen, zur Einreichung von Kandidatenlisten aufzufordern und den Termin für eine zweite Elternversammlung festzusetzen. Diese erfolgt in der Regel zwei Wochen vor der Wahl. In ihr sind die gleichen Bekanntmachungen zu wiederholen und durch Zusatz oder Abänderung ein aus mindestens drei Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen.

5. Die Kandidatenlisten sind spätestens am 10. Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen jede mindestens so viel Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirates zu wählen sind, und müssen mindestens zehn Unterschriften von Wahlberechtigten tragen, bei Schulen oder Schulhäusern von über 500 Kindern 20 Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen. Alle anderen sind spätestens 8 Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen. (Zede ortsübliche Art der Veröffentlichung anderer Bekanntmachungen genügt). Die Zurückweisung von Kandidatenlisten kann nur im Wege des Einspruchs gegen die Wahl (Ziffer 9) angefochten werden.

werden. Wird nur ein Wahlvorstand vorchriftsmäßig aufgestellt und eingereiht, so erübrigt sich das weitere Wahlverfahren. Der Wahlvorstand hat dann nur das Wahlergebnis nach dem Grundsatz von Ziffer 7 festzustellen.

6. Die Wahlberechtigten wählen durch persönliche Abgabe von verdeckten Stimmzetteln in öffentlicher Wahlhandlung. Zur Sicherung des Wahlgheimnisses sollen die Stimmzettel gleich groß und weiß sein, soweit nicht mit amtlichen Wahlumschlägen gewählt werden kann. Die Stimmzettel müssen eine der Kandidatenlisten genau bezeichnen. Die Verbindung von Listen ist unzulässig. Kein Kandidat darf gleichzeitig auf zwei Listen stehen. Stimmzettel, die nicht auf eine der öffentlich bekanntgemachten Kandidatenlisten lauten, sind ungültig, ebenso abgeänderte Stimmzettel.

7. Das Wahlergebnis ist sofort nach beendeter Wahl vom Wahlvorstand in öffentlicher Sitzung festzustellen und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Bei Ermittlung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (R.G.Bl. S. 1353) sinngemäß Anwendung.

Die Namen der Gewählten sind dem Schulleiter mitzuteilen, der binnen 8 Tagen die erste Sitzung des Elternbeirates einberuft.

8. Ueber die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll aufzustellen, das von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben und mit dem eingegangenen Stimmzetteln und der Wählerliste vom dem Schulleiter bis zur nächsten Wahl aufzubewahren ist.

9. Einsprüche gegen die Wahl sind nur binnen 2 Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zulässig. Sie können aber vor oder bei der Wahl vorgekommene Unregelmäßigkeiten betreffen, haben aber keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Einsprüche entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Gibt sie dem Einspruch statt, so legt sie zugleich einen neuen Wahltermin fest.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Interalliierte Zeitungsverbote in O.S.

Sowohl gegen Polen als Deutsche.

Das Erscheinen der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ ist von der Interalliierten Kommission bis auf weiteres verboten worden.

Weiterhin ist die Einfuhr des „Berliner Tageblattes“, des „Berliner Lokalanzeigers“, der „Breslauer Morgenzeitung“, der „Breslauer Zeitung“ und des „Simplissimus“ nach Oberschlesien von derselben Behörde untersagt worden.

Amerikanisches Kapital für Europa.

Die Unterbringung großer europäischer Anleihen auf dem amerikanischen Geldmarkt, die man als Zeichen für das wachsende Vertrauen in die finanzielle Gesundheit der alten Welt auffassen darf, hat besonders in der zweiten Märzhälfte angehalten. Im genannten Zeitraum haben u. a. aufgenommen: die Regierung von Niederländisch-Indien unter Garantie der niederländischen Regierung 4 000 000 000 Dollar, die Paris-Nyon-Mediterranean-Eisenbahngesellschaft 30 000 000 Dollar, in Schuldverschreibungen, die Chemins de fer du Midi 25 000 000 Francs oder 5 000 000 Dollar al pari und die American Industrial Development Corporation 10 000 000 Dollar in Obligationen. Die letzten zur Zeichnung aufgelegten Anleihen sind die der Städte Soissons in Höhe von 6 000 000 Dollar und Eisenfeld in Höhe von 66 000 000 Mark zu 5 Prozent, welche letztere die erste deutsche Anleihe ist, die nach Kriegsausbruch in den Vereinigten Staaten untergebracht worden ist. Diese Anleihe ist laut amerikanischen Berichten auf dem Wege jährlicher Ausföhrungen in spätestens dreißig Jahren rückzahlbar; eine besondere Klausel sieht die Sicherstellung der Anleihebeküher gegen eventuelle Veränderungen der deutschen Währung vor.

Moskauer Valutakurse.

Die am 8. April festgesetzten offiziellen Valutakurse der Staatsbank betragen: 1 Reichsmark 3000 Rubel, 1 Pfund Sterling 3 300 000, 1 Dollar 750 000, 1 französischer Franc 60 000, 1 schwedische Krone 190 000, 1 polnische Mark 150, 10 Goldrubel 4 000 000. Die freien Valutakurse überstreffen die offiziellen um das Vielfache: 1 Reichsmark 8000 Rubel, 1 Pfund Sterling 11 Millionen Rubel, 10 Goldrubel (Sovietkriegsruhel) 20 Millionen Rubel und darüber; Brillanten von gutem Wasser 20 bis 250 Millionen Rubel 1 Karat.

Nach Abschaffung der amtlichen Goldrubelrechnung und damit auch der amtlichen Festsetzung des Goldrubelwertes durch das Finanzministerium beginnen nunmehr verschiedene Institutionen, angefangen mit der in der Moskauer Rechnungswirtschaft in Papierrubeln, willkürlich ihre eigenen Kurse zu bestimmen. Das Moskauer Bürokomitee, das die Mitgliederbeiträge, Eintrittsgelder u. a. in Goldrubeln berechnet, legt den Goldrubel 400 000 Sowietrubeln gleich; das Kollegium der Moskauer Stadtverwaltung berechnete ihn mit 1 Million Sowietrubel. Andere Institutionen greifen sich zwar nicht, einen „eigenen Kurs“ zu veröffentlichen, erheben aber ihre Preise bis auf das Zweifelhundertfache der Friedenspreise.

geführt oder den Döfen gleichgültig pflegend, erinnert der Kater nicht an die fabelhaften Länder und deutet an die Verheißungen des Agenten.

Und wie ging dieser Anwerber mit dem Golde um? Ein einziges dieser gelben Stücke ist mehr als dreimal soviel wert wie die weißen Taler, die er das ganze Jahr hindurch bei jenem Kater verdient.

So kam es, daß an jenem Samstagmorgen die Seiten der „Sina“, jenes großen Schiffes, das ebenfalls so tollt auslief, aber schon mehr als einmal ausgebebert worden und ganz schwarz angeschrieben war wie der Segel eines Arztes, eigentlich hätten einfach kein sollen, um all jenes Menschenfleisch aufzunehmen, das im Innern aufgehäuft wurde, all jene Karren, deren hinterläufige Zehner durch den kleinsten Nebel der Scheide das in der Ferne glänzende Goldland gespürt hatten.

Doch da kamen die beiden Wagen der „Nation America“, die Jan Bingerhoet bestellt hatte, auf dem Hofendamm an. Man hatte ihm zu Ehren zwei Paare jener mächtigen Pferde von Burma angepöndelt, ungeheuer wie Karrenpferde in den alten Epen, jener gewaltigen Arbeitstiere mit langsamem, behäbigem Schritt, einem so feierlichen und gleichzeitigen Schritt wie der eines Streitrosses, die den Fremden bei der Kaiserfeier so sehr angefallen waren. Noch nie hatten die kalten Tiere eine so leichte und so erdumliche Raute gezogen, denn wenn das Gepack auch viel Raum einnahm, so war es doch nicht schwer, und um die mächtigen Pferde nicht zu beschämen, hatten auch die Auswanderer sich auf die Wagen gesetzt.

Zwischen dem am Hofen ansetzenden Gepäck, den weißen, jugengeten und verpackten Kisten, den gekauften Säcken und den immerlichen Bündeln in Baumwolle gingen Gruppen junger Auswanderer aus Lillo, Pruzschel, Sautoliet, Pulderbock und Bierfel amher.

Einige führten übermäßig vor Freude zu sein, lachten und sprachen und redeten die nutzlosen Zufuhren lässlich an. In Wirklichkeit hatten sie sich aber selbst zu wagen, sich von einer fern Über, einem Gewissenhaft zu bewegen. Unter dem Bordwand, ihre weniger kalten Karren abzusammeln, saßen sie diesen jenseits einer Etage auf den Kufen. Unter den Deckbrettern waren höchstens einer oder zwei wirklich aufrichtig in ihrer festigen Stimmung. Die anderen schwebelten sich leicht aus der Ferne. Da sie auf ihren Plätzen nicht mehr verträglich konnten, schoben ihre Lauschungen herrlich schwebend und die

Erinnerung an ihre Heimat wieder wach wurde, so suchten sie sich durch Alkohol wieder Mut einzuflößen wie am Tage der Rekrutenlosung.

Wenn man sie so sah mit ihren stieren Augen, ihren roten Oberbacken, sonnig gelbeidet, aber unordentlich, so hätte man sie für jene jungen Knechte und Mägde halten können, die am Peter- und Pauls-Tage sich von morgens bis abends in blätter- und blumengeschmückten Wagen umherfahren lassen.

Die meisten schwiegen aber und schienen apathisch in Betrachtungen versunken zu sein. Wenn sie sich durch ihre Kameraden hinwegzudenken, ein wenig umherzuhüpfen und einige Worte zu sagen, wie das Lied der „Nogelands“ von St. Peter und Paul: „Wir gehen ins Land der Polen“ oder das Fastnachtslied der „Gonsrijders“: „Wir kommen aus der Mördergrube“, so stießen sie bald und vertieren wieder in ihre Trübseligkeit.

Sie glaubten sich schon jetzt auf den Schiffen zu sehen, und ihre Gedanken schwebten bereits über dem ungeheuren Fünfterraum nach den fernem Küsten hin, wo ihr neues Vaterland sie erwartete. Bald aber wandten sich ihre Gedanken wieder ihrem Heimatdorf zu, das sie am vordringenden Tage verlassen hatten. Die Gloden des Schieferturmes werden sie jetzt nicht mehr mit ihrem melancholischen Tone zur Frömmigkeit und zur Ergebenheit mahnen. Ah, diese Gloden, die ehemals auch zum Kampfe gerufen hatten und deren Sturmgelächte heute nicht mehr imstande war, das Herabdrehen des Hungers zu verhindern! Diejenigen Pflücker, die ihre Abreise schon bereuten, verlegten sich in Gedanken wieder unter das Strohdach ihres Häusleins, auf die Felder, die sie so mühsam der Heide, der oft verwünschten, aber hoch liebgewonnenen Heide abgerungen hatten, oder an den Rand der Weisse, jener Teiche und Sümpfe der Kempen, wo sie Kröche fingen, während sie die mageren Kühe hüteten, oder an die Gabelle, jenes Feuer, das sie mit Heide- und Lammenzweigen anzubereit, deren bärziges Aroma sich in der feuchten, kühlen Luft der Oktoberabende verbreitete.

Ah, der schöne Weiler, in den sie nie wieder den Fuß setzen würden und wo sie nicht einmal den letzten, besten Schlaf in der geweihten Erde neben ihren Vätern schlafen könnten.

Lenz erriet die wirklichen Gedanken dieser Karren. Das Mittel, das er für die Tübels hegte, extrahierte sich auch auf ihre Lebensgeföhren. Besonders eine Episode rührte ihn so sehr, daß er sie nie mehr vergaß, denn sie schien ihm den ganzen Sommer dieses Prologs der Verbannung zusammenzufassen.

(Fortsetzung folgt.)

Die „proletarische Einheitsfront“ in Rußland.

Der kürzlich stattgefundene Kongress der Kommunistischen Partei Rußlands hat zur Frage der proletarischen Einheitsfront einen Beschluß gefaßt, der die Forderungen der russischen Kommunisten in drastischer Weise illustriert. Es heißt in diesem Beschluß, daß in allen Ländern, mit Ausnahme Rußlands, die Einheitsfront mit den übrigen proletarischen Parteien anzustreben sei, weil nur auf diese Weise die Kommunisten mit den breiten proletarischen Massen in Verbindung kommen könnten, daß aber in Rußland selbst die Einheitsfront mit den übrigen sozialistischen Parteien, den Menschewisten und Sozialrevolutionären, unbedingt zu verwirklichen sei, weil diese Parteien die Interessenvertreter der Bourgeoisie seien.

Diese Stellungnahme des kommunistischen Parteikongresses steht vollkommen im Einklang mit den Drohungen, die Lenin auf dem Kongress erneut gegen die Menschewisten und Sozialrevolutionäre aussprach. Zu derselben Zeit, wo die Vertreter der kommunistischen Internationale sich auf der Berliner Konferenz mit den Vertretern der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der 2. Internationale an einen Tisch setzten und die proletarische Einheitsfront als unbedingte Notwendigkeit anerkannten, kündigte Lenin, der eigentliche Führer Sowjet-Rußlands und der kommunistischen Internationale, den Angehörigen der übrigen proletarischen Parteien, insbesondere den Menschewisten der Wiener Arbeitsgemeinschaft, „grausamen, erbarmungslosen“ Kampf an. Es scheint, als ob er sich zur Aufgabe gestellt hätte, jede Illusion im Reine zu erlöschen, daß es den Kommunisten mit der Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront ernst sei.

Ganz anders verhalten sich zu der Frage der proletarischen Einheitsfront unsere Genossen in Rußland, die unter den denkbar schmerzhaftesten Verhältnissen gegen den Terror, gegen die verbrecherischen Anschläge der Kommunisten ankämpfen und ungeduldet aller Verharmlosungen der Kerntuppen des Proletariats für die sich anständig den Klassenkämpfen in Rußland zu sammeln suchen. Das Proletarische Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat, wie der „Sozialistische Wote“ mittelt, im Februar ein illegales Flugblatt veröffentlicht, das zur Frage der proletarischen Einheitsfront Stellung nimmt. Es heißt in diesem Flugblatt:

„Die Bewegung zu Gunsten der Einheitsfront nimmt an Stärke und Umfang zu und ergreift immer größere Massen der Arbeiterklasse. Um ihren Einfluß auf die europäische Arbeiterbewegung nicht endgültig zu verlieren, haben selbst die patentierten Spaltungsagenten aus der kommunistischen Internationale und der kommunistischen Partei Rußlands die Parole der Einheitsfront ausgegeben und so ihren vollständigen geistigen Bankrott offenbart. Zum natürlichen Anziehungspunkt der proletarischen Massen des Westens ist die Wiener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien geworden, die in ihren Reihen jene westeuropäischen Parteien vereinigt, die unter hartnäckigem geistigen Kampf gegen die Reformisten und Kommunisten das Proletariat fortgesetzt zur Einheit und zum Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Demokratie aufgerufen haben. Die Einigung im nationalen und internationalen Maßstab zur Verwirklichung der Klassenpositionen des Proletariats, zum Kampf um den Sozialismus in Europa, zur Verteidigung der russischen Revolution — das ist die dringende geschichtliche Aufgabe des internationalen Proletariats. Diese Aufgabe steht auch für die russische Arbeiterklasse auf der Tagesordnung.“

Das Flugblatt unserer Petersburger Genossen schildert dann weiter die Aufgaben, die sich angesichts der drohenden internationalen Reaktion und der vermissenden Folgen der bolschewistischen Diktatur für die russische Arbeiterklasse ergeben:

„Der Sieg der internationalen Reaktion würde unausbleiblich auch zum Triumph der russischen Gegenrevolution führen, die unter der Decke der bolschewistischen Diktatur herangebrachte neue Bourgeoisie würde auf den Ruinen der Demokratie ihre Herrschaft aufrichten. Ihr Sieg würde bedeuten: die zunehmende Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Verärgerung der internationalen kapitalistischen Reaktion, die Schwächung des internationalen Proletariats. Die heraufziehende Reaktion kann nur gehemmt werden durch eine in Selbsttätigkeit erstarke und in ihren Klassenorganisationen vereinigte Arbeiterklasse Rußlands.“

Aber eine Einigkeit ist bei uns nicht vorhanden. Indem die Bolschewisten ihre politische Herrschaft mittels der Methoden des Bürgerkrieges in der Arbeiterklasse aufzichten, haben sie in Rußland den freien proletarischen Gedanken und das freie Wort erstickt, die Arbeiterorganisationen zerstört und die juristischen Gefängnisse mit Tausenden und Abertausenden Arbeitern und Sozialisten gefüllt. Sie haben die Arbeiterklasse nicht gekämpft, sondern macht- und kraftlos gemacht. Selbst jetzt, wo sie aus politischen Erwägungen als Verbündeter der proletarischen Einheitsfront im Westen auftreten, versprechen sie uns russischen Arbeitern durch den Mund ihrer Führer lediglich eine weitere Verärgerung des politischen Drucks.“

Wir aber, Genossen, brauchen nicht die Einheitsfront der Rechtslosigkeit, wir verlangen die Einheitsfront des Rechts. Wir verlangen Freiheit und Demokratie als Grundlage für den freien Zusammenschluß unserer zerstückelten Reihen in einer einheitlichen starken Arbeiterorganisation als notwendige Voraussetzung für den Erfolg unseres weiteren Kampfes für den Sozialismus.“

Zum Schluß formuliert das Flugblatt die Alternative, vor der der russische Bolschewismus gegenwärtig steht:

„Die Geschichte hat nun den Bolschewismus vor die Frage gestellt: entweder mit der Arbeiterklasse oder gegen sie! Entweder kapituliert die bolschewistische Partei vor dem Streben des Proletariats zur Einheit und Freiheit, entweder gibt sie die Diktatur preis und beschreitet den Weg der Demokratisierung Rußlands — oder aber sie setzt ihre Politik des Terrors und der Gewalt gegen das Volk fort, weicht Schritt um Schritt vor dem Kapital zurück und verwandelt sich unvermeidlich in ein Werkzeug der russischen Reaktion und des internationalen Imperialismus im Kampfe gegen das sozialistische Proletariat.“

Jeder Arbeiter, jeder Kommunist, dem die Interessen der Arbeiterklasse teuer sind, muß über dieses schicksalsschwere Dilemma nachdenken. Jeder wirkliche, klassenbewusste Proletarier muß gemeinsam mit uns Sozialdemokraten laut und kraftvoll die Stimme erheben und den Kommunisten zurufen: Macht die Arbeiterorganisationen frei von den Fesseln bürokratischer Vormundschaft! Stellt den Terror ein! Setzt alle Sozialisten, alle Arbeiter in Freiheit, die die Interessen des Proletariats in ihrer Weise verteidigen! Erkennt die Freiheit des Wortes, der Presse und der Organisation für alle Strömungen in der Arbeiterklasse an!

Außerhalb der Freiheit und der Demokratie gibt es keine Einheit der Arbeiterklasse.“

Für die gesamte europäische Arbeiterbewegung sind diese Darlegungen des Flugblattes unserer Petersburger Genossen von höchstem Interesse; denn aus ihnen ergeben sich nicht nur die angeführten komplizierten Aufgaben, die die Geschichte vor das russische Proletariat gestellt hat, es ergibt sich auch der Weg, den das internationale Proletariat zu beschreiten hat, um die Kerntuppen der russischen Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Reaktion zu unterstützen.

Die Mörder Mirbachs jetzt vor Gericht.

Wie die Berliner russische Zeitung „Kolos Rossij“ meldet, werden die inhaftierten russischen Sozialrevolutionäre Kasimir,

Trutowski und Majorow sich unter der Anklage des Mordes an dem ehemaligen deutschen Gesandten Grafen Mirbach vor dem bolschewistischen revolutionären Tribunal zu verantworten haben.

Rücktritt des polnischen Kriegsministers.

Der polnische Kriegsminister General Sosnkowski hat dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll der Rücktritt des Kriegsministers dadurch veranlaßt sein, daß seine Pläne bezüglich der seit längerer Zeit in Aussicht gestellten Erhöhung der Offiziersgehälter sich mit dem Sparprogramms des Finanzministers Michalski kaum in Einklang bringen lassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Verammlung des deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Die Ortsgruppe Breslau des deutschen Eisenbahner-Verbandes hielt am Sonntag eine außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung im „Zentral-Ballsaal“ ab. Große Mitgliedermassen waren mit der Haltung der Leitung des deutschen Eisenbahnerverbandes während der letzten Lohn- und Gehaltsbewegung nicht zufrieden. Der 1. Vorsitzende, Kollege Schöffel-Berlin, wolle nun den Breslauer Eisenbahner-Rechnenschaft über das Verhalten der Leitung geben. Er war aber durch gewerkschaftliche Arbeiter festgehalten und an seiner Stelle war der 2. Vorsitzende, Kollege Bernert, erschienen, ein vorzüglicher und vollwertiger Ersatz für den vorgehenden Redner. In fast zweistündigen Ausführungen kennzeichnete er scharf die Lohn- und Gehaltspolitik, die der Hauptverband befolgt und fand damit die Zustimmung fast aller Versammelten. Die Wenigen, die den Redner angriffen und mehr Radikalismus verlangten, fanden keinen Beifall.

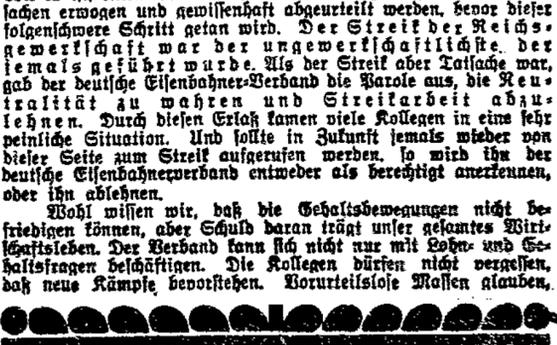
Im wesentlichen führte der Hauptredner etwa folgendes aus: Schon seit länger als einem Jahre müssen wir uns in Versammlungen mit Lohn- und Gehaltsfragen beschäftigen. Die Wirkung der goldenen Zeiten, denen man uns entgegenführen wollte, spüren wir. Da müssen sich die Vertreter der Arbeitnehmer immer wieder die Frage vorlegen, wie sind wir in der Lage, der wirtschaftlichen Not unserer Mitglieder Herr zu werden, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege? Wie werden wir in der Lage sein, auch als mächtige Organisation nicht, den Arbeitnehmern das zu geben, was sie zum Leben brauchen. Tausende und Abertausende haben heute schon vergessen, daß wir einen verlorenen Krieg hinter uns haben. Aber die Not ist nicht nur in Deutschland, das wirtschaftliche Elend ist international, jedoch nur bei denen, die ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdienen müssen. Das alles muß bei der Erörterung der allgemeinen Lage berücksichtigt werden. Es klingt sehr verlockend, einfach zu sagen, die Löhne und Gehälter sind um 50 Prozent zu reduzieren und im selben Maße die Preise herabzusetzen, wie dies der Allgemeine Verband der Eisenbahner beschloß; doch er hat ganz vergessen, daß man eine Wirtschaftsform nicht in 24 Stunden aufstellen kann, weshalb wir, ob wir wollen oder nicht, gezwungen sind, die arbeitende Klasse durch Lohn- und Gehaltsbewegungen aufzubessern. Hierbei dürfen wir auch nicht vergessen, daß wir in anderen wirtschaftlichen Entschlüssen nicht frei sind. Es sind in Frankreich nicht nur bürgerliche Elemente, sondern auch Arbeiter bis weit nach links hinüber, die gegen eine Veränderung des Friedensvertrages sind. Darum kann uns auch auf der Konferenz in Genoa nicht das wirtschaftliche Heil ersehen. Erfolgreichere Wege sind die Deutschen dort zur ersten Tat geschritten, den ersten Schritt zum Wiederaufbau Europas, den Wirtschaftsvertrag mit Rußland.

Redner wandte sich hierauf der Zeit vor der Revolution zu, in der die Staatsarbeiter noch völlig entrechtet waren und weit hinter der Privat-Arbeiterklasse standen. Die Revolution hat auch für die Eisenbahner den Weg freigemacht, daselbst gilt für die Beamtenklasse. Mit einem Schläge lassen sich natürlich keine Idealzustände schaffen; doch eine Menge grundlegender Vorteile wurden in der Befreiungsreform niedergelegt.

Worin besteht nun der Unterschied zwischen dem deutschen Eisenbahner-Verband und den anderen Eisenbahnerorganisationen? Wir kommen dadurch so oft mit unseren Mitgliedern in Widerspruch, weil wir als freie Gewerkschaft auf dem Standpunkt stehen, daß wir mit unseren Forderungen auf dem Boden der Möglichkeiten bleiben und beantragen, erst genommen zu werden. Der Beamtenbund und die Reichsgewerkschaft wurden leiserzeit mit ihren Forderungen nicht ernst genommen. Und daß ihre Forderungen eine theatralische war, zeigte, daß sie sofort bei der Verhandlung auf die Hälfte ihrer Forderungen zurückgingen. Leider haben wir auch in unseren Reihen sehr viele Mitglieder, die sich durch radikale Worte hetzen lassen. Eine Forderung aufstellen und sie auch durchsetzen, ist etwas anderes. So nahm die Reichsgewerkschaft und der Deutsche Beamtenbund die Führung zum erstenmal in die Hände und sie haben gezeigt, daß sie nicht fähig sind, Lohnpolitik im Interesse der Arbeitnehmer zu treiben. Als dann der deutsche Eisenbahnerverband die Verhandlungen leitete, wurde getrotzt, was noch zu retten war. Die Lohnpolitik des deutschen Eisenbahnerverbandes fußt auf dem Grundsatze, daß das Gehalt im Bereich der Möglichkeit liegt. Und wenn uns Tausende von Mitgliedern nicht verstehen wollen, so werden wir diese Nichtstuner nicht verlassen. Es liegt nicht im Sinne der Arbeiterklasse, überspannte Forderungen zu stellen. Viele sagen auch, es könnte mehr erreicht werden, wenn der § 2 des Statuts über zur Anwendung kommen würde. Der Streit ist und bleibt eine zweischneidige Waffe. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob Eisenbahner in den Streit treten, oder eine andere Arbeiterkategorie.

Von einem Eisenbahnerstreik werden Hunderttausende und Millionen direkt getroffen, sowie das gesamte Wirtschaftsleben und nicht zuletzt das Proletariat selbst. Darum haben die Führer einer Eisenbahnergewerkschaft eine viel größere Verantwortung als andere Organisationsführer. Viele, die mit dem Eisenbahnerstreik spielen, denken nicht daran, daß sie nicht nur Regen, sondern auch unterliegen können. Auch hängt das Gelingen eines Streits vielfach von der Sympathie der übrigen Bevölkerung ab. Ein Eisenbahnerstreik wird aber selten die Sympathie der Allgemeinheit finden. Das ist ein Beweis, wie schwer und verantwortungsvoll es ist, einen Streik zu proklamieren. Hier müssen alle Tatsachen erörtern und gewissenhaft abgeurteilt werden, bevor dieser folgenschwere Schritt getan wird. Der Streit der Reichsgewerkschaft war der ungewerkschaftliche, der jemals geführt wurde. Als der Streit aber Tatsache war, gab der deutsche Eisenbahner-Verband die Parole aus, die Neutralität zu wahren und Streitarbeit abzulehnen. Durch diesen Entschluß kamen viele Kollegen in eine sehr peinliche Situation. Und sollte in Zukunft jemals wieder von dieser Seite zum Streik aufgerufen werden, so wird ihn der deutsche Eisenbahnerverband entweder als berechtigt anerkennen, oder ihn ablehnen.

Wohl wissen wir, daß die Gehaltsbewegungen nicht befriedigen können, aber Schuld daran trägt unser gelamtes Wirtschaftsleben. Der Verband kann sich nicht nur mit Lohn- und Gehaltsfragen beschäftigen. Die Kollegen dürfen nicht vergessen, daß neue Kämpfe bevorstehen. Vorurteillose Massen glauben,



Rüstet zum 1. Mai!

Wir sind bereit, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen.

daß das Militärbedienstet auf das Konto von überflüssigem Personal zu setzen ist. Als einzige Organisation hat es der deutsche Eisenbahner-Verband durchgesetzt, daß 20 000 Menschen, die aus dem Eisenbahndienst entlassen werden, eine Abfindung in Gestalt eines Monatslohnes erhalten. Im Jahre 1923 werden 26 000 Bremser überflüssig werden. Das sind alles Fragen, deren sich der Verband annehmen muß. Darum müssen alle Kollegen einig und geschlossen zur Organisation stehen und den Anordnungen der Führer Folge leisten; denn sie arbeiten im Interesse des gesamten Personals. Und von gegenseitigem Vertrauen besetzt, wird eine neue Zeit heranreifen, in der sich jeder als Mensch fühlen kann. Braulander Beifall wurde dem Redner für seine warm empfundenen Worte zu teil.

Alsdann leitete Kollege Grotmann noch mit, daß eine Funktionärsvollversammlung beschlossen hat, ebenso wie in den vorhergehenden Jahren, den 1. Mai durch Arbeitsernte zu feiern. Auch sollen noch Verhandlungen mit der Direktion stattfinden, die den Zweck haben, am 1. Mai den Verkehr in beschränktem Maße aufrecht zu erhalten, um auch den Verkehrsbeamten die Teilnahme an der Matinee zu ermöglichen. Die Zusammenkunft der Eisenbahner erfolgt am Freiburger Bahnhof frühmorgens 8:15 Uhr. Mit der Aufforderung, sich vollständig an dem Arbeiterfeiertag zu beteiligen, schloß Kollege Fuhrmeister die Versammlung.

Der Streit der Tapezierer beendet?

Die Streikleitung der Tapezierer schreibt uns:

Der Vermittlungsvorschlag vom kaiserlichen Schlichtungsausschuss wurde von den Gehilfen angenommen, während die Arbeitgeber eine Bedenkzeit benötigten und diese zugestanden erhielten bis spätestens 25. d. Mts. — eine längere Frist erschien ihnen unmöglich — und dann war vier Stunden später Arbeitseinsatzvermittlung. Diese wollte eine Bindung des Lohnzuschlages für den ganzen Monat Mai beschließen — doch es kam anders. Durch Verhandlungen am nächsten Tage wurde die Situation geschaffen, daß am Freitag zum Vermittlungstag die Arbeit aufgenommen wird.

Nur die drei Betriebe der freien Vereinigung im Holzgewerbe — Bauer, Hauswaldt und Bessig, hatten am folgenden Tage das „Problem“ noch nicht lösen können, bei diesen Großfabrikanen wird weiter getreibt, während die Firmen Kimmel und Wiesel & Kraus bewilligt haben. Scheinbar ist beim Verhandeln von Revisionsbüros die Notwendigkeit einer Arbeitslohnauflösung schwieriger zu ergründen.

Die Arbeitgebervereinigungen beschließen, den Rechnungsführer Gehilfenlöhne festzusetzen. Sollte hier nicht eine Ursache zu finden sein, der Verteuerung der Produkte Einhalt zu tun? — denn das Doppelte als Arbeitgebergewinn allein am Stundenlohn muß den Gehilfen hoch erschüttern lassen.

Nach dieser Bemerkung erwartet die Gehilfenform, daß ihr der Rest vom Vermittlungsvorschlag in doppelter Form zum Arbeiterfeiertag der Arbeit bewilligt wird und wenn ja, dann erübrigt sich das Fragezeichen am Anfang.

Aus aller Welt.

Nach sechs Jahren die Sprache wiedergefunden.

In der Schlacht bei Arras im Jahre 1918 erlitt der Einwohner Stenael in Wörthheim bei einer Beschützung eines Knechtens, der ihm die Sprache raubte. Als Stenael sich vor einigen Tagen im Walde aufhielt, fiel in seiner Nähe plötzlich ein Schuh, der ihn außerordentlich erschreckte und ihm die Sprache wiedergab. Wenn der Mann auch nur leise und gebrochen sprechen kann, so hoffen die Ärzte doch auf eine Wiedererlangung des vollständigen Sprachvermögens.

Der Weltkrieger.

Im Rauchzimmer eines Hotels sah ein älterer, ansehender, nicht origineller Herr bequem im Lehnstuhl und hatte ein Bein über das andere geschlagen. Das Beinlein hatte sich an dem übergeschlagenen Bein ein bühnenhochgehobenes und sich eben grellfarbiges, rotweißblaugelbliches Strumpfpaar zeigen, der alsbald die Aufmerksamkeit einiger Anwesenden erregte. Mit befriedigendem Lächeln sagte der glückliche Besitzer: „Hübsches Muster, nicht wahr? Ich weite, daß kein zweites Exemplar davon hier im Zimmer ist!“ „Ich weite eine Lage Bier, daß doch eines da ist, erwiderte ein junger Handlungsreisender. „Angenommen!“ rief der alte Herr. „Wo ist es?“ „An Ihrem anderen Fuß!“ gab der junge Mann zurück; er lagte triumphierend. „Da irren Sie sich“, sagte der Alte und er zeigte zum Vergnügen aller Anwesenden — der Berliner ausgenommen — einen schwarzen Strumpf.

Die Schicht im Zarenhaus.

Zu sonderbaren Szenen, bei denen sich der seltsame Fall ereignete, daß die Infanten eines Zarenhauses Seite an Seite mit ihren Vätern gegen die Polizei kämpften, kam es gelegentlich eines Streiks, in den das Personal der Provinzialirrenanstalt von Nottingham deshalb getreten war, weil die Direktion die wöchentliche Ruhezeit herabgesetzt hatte. Die Kranken ergriffen so leidenschaftlich Partei für ihre Pfleger, daß sie einen Inspektor, der sich vers gewiffen wollte, ob sie nicht vernachlässigt würden, schwer mißhandelten. Uebrigens hatten die Wärter die Pflege der Kranken nicht eingestellt und weigerten sich nur, den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen, so daß die Beamten der Verarmung und die Ärzte sich selbst ihre Maßzeiten kosten und die Betten machen mußten. Der Streik endete schließlich in einer großen Schlacht, die die herbeigerufenen Polizei den aus 44 Frauen und 17 Männern bestehenden Streikenden und ihren seltsamen Hilfskräften lieferte. Wärter und Kranke hatten sich in den Räumen der Irren verbarrikadiert und setzten sich mit Beilen und anderen Geräten zur Wehr. Mehrere Polizeibeamte wurden von den Irren, die während um sich bissen und tranken, verletzt. Die Belagerten langten im Chor das „Rule Britannia“, und die Irren schmetterten fortwährend den Refrain: „Briten werden niemals Schanden sein!“ Infolge der Erbitterung der Verückten zog sich das Ringen mehrere Stunden hin; dann hatte man sich aller Streitenden bemächtigt, und brachte sie auf Autos fort, während neues Personal sich der Irren annahm, die nur schwer zu beruhigen waren.

Verkehr und Sport

stellen an Rad und Auto große Anforderungen. Beide brauchen gute Reifen. Unzählige Erfolge in Rennen u. Zuverlässigkeitsfahrten sprechen für die Qualität der



Schwurgericht.
Am 24. April beginnt unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schenke die dritte diesjährige Schwurgerichtsverhandlung.
Als Geschworene sind folgende Herren einzuberufen worden:

Präsident Alfred Schmidt, Kaufmann Arthur Zimmer, Gewerkschaftssekretär Richard Hahn, Kaufmann Georg Carl, Wöhlan, Oekonom Hermann Rauber, Studienrat Walter Richter-Wöhlan, Architekt Arthur Prinz, Kaufmann Heinrich Gierl-Canth, Prokurist Moritz Steinfeld, Lithograph Edwin Fugelbauer, Zirkel Hermann Barth, Maschinenmeister Artur Heider, Kleinmeister Franz Hoffmann-Canth, Kaufmann Mendel Hoffmann, Inspektor Ernst Götting-Alt-Gandau, Handlungsgehilfe Wilhelm Schmidt, Mühlenbesitzer Rudolf Landbeck-Mustau, Gutsbesitzer Richard Benedikt-Lippert, Schlossermeister Paul Wohlfahrt, Rittergutsbesitzer Georg Hochwälder-Wittschau, Gutsbesitzer Oswald Schneider-Jangmis, Oberbahnassistent Adolf Prosch, Straßenbahnarbeiter Erdmann Hoffmann, Rittergutsbesitzer Ernst Götting, Gut Prosch, Maurermeister Johann Winkler, Bibliothekar Dr. Alfred Schneider, Postamt Karl Wagner, Fabrikdirektor Theodor Hausmann, Arbeiter Friedrich Schlich und Gewerkschaftssekretär Otto Schulze.

Vorläufig stehen folgende Straftaten zur Verhandlung an: am 24. gegen den Oberpostkassierer Karl Eichner wegen Verbrechen im Amt; am 25. gegen den Kontoristen Walter Kraft wegen Raubes, und am 26. gegen den Arbeiter Lorenz Fortsch genannt Fortschil aus Krakau wegen Raubtucht.

Thalia-Theater.
Der unverwundliche Schwanz der Brüder Schänhan „Der Raub der Sabinerinnen“ bewies auch am Freitag wieder seine Anziehungskraft. Den Theaterdirektor Strieck spielte diesmal Herr Walter Leopold mit guter Charakterisierungsgabe so wirkungsvoll, daß es im Zuschauerraum mit Herrn Habel (ein Professor von rührender Naivität und Hilfslosigkeit) Weisfall bei offener Bühne gab. Die verhängnisvolle Professorenrolle Paula war in den Händen der als Gast aufzutretenden Marlis Knaak vertrießlich aufgehoben. Ihr feiner, jeder Sentimentalität abhold Humor und ihr freundliches, natürliches Wesen sicherten ihr (im Zusammenhange mit dem tüchtigen Herrn Claus) einen Sondererfolg. Als Köchin Rosa konnte Frau Habel-Keimers endlich wieder einmal alle Register ihres satirischen Humors ziehen. Kein Wunder, daß bei dieser Gelegenheit das gutbesetzte Haus lebhaft für die tolle Stunde dankte.

Wasserstand
vom 21. April 1922.

Katibor	2,25	Breslau (Unter-Regel)	0,0
Grappig	2,25	Breslau (Ober-Regel)	4,4
Kollet	2,25	Wiesenburg (Unter-Regel)	2,2
Wiesenburg (Mittler-Regel)	2,71	Wiesenburg (Ober-Regel)	3,0
Wiesenburg (Ober-Regel)	3,82	Freiburg	1,0
Breslau (Ober-Regel)	1,8	Wassermenge	+ 8,5°

Bereinstalender.
Deutscher Metallarbeiterverband, Zahlstelle Breslau. Dienstag den 25. April, abends 5 1/2 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: **Verjammung.** Näheres siehe im heutigen Inzerat.

Mundza
Bestimmteste Mund- und Zahnpflege auf reinem mod. hygien. Basis aufgedaut.
In Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Familiennachrichten

Am 21. April entschlief sanft nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser ältester, lieber guter Sohn, Bruder und Neffe, der
Kaufmann Alfred Edion
im blühenden Alter von 22 Jahren.
Im tiefsten Schmerz
Breslau, den 21. April 1922
Friedrich-Karlstraße 7

Die trauernden Eltern
Heinrich Edion
Minna Edion, geb. Giaser
Gerhard Edion, als Bruder
Erna Meyer, als Braut.
Beerdigung: Dienstag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel aus.

Pflichtlich und unerwartet verschied unser ältester, herzensguter Sohn, Bruder und Neffe
Albert Schneider
im blühenden Alter von 20 Jahren.
Breslau, den 20. April 1922.
Bismarckstr. 13.

Die trauernden Eltern, Geschwister, Onkel, Tanten und Aversanten.
Beerdigung: Dienstag, den 25. April, nachmittags 5 Uhr, von der Kapelle 2 des Orwitzer Friedhofes.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Infolge eines tragischen Geschehnisses verloren wir unser Mitglied, den Arbeiter
Albert Schneider
im Alter von fast 21 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, 25. April, nachm. 5 Uhr, von der Kapelle 2 des Orwitzer Friedhofes.

Am 21. April verschied nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser innig geliebter Gatte und herzensguter Vater, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Sozialist
August Pyka
im Alter von 53 Jahren.
In unsagbarem Schmerz
Berta Pyka geb. Liedel, Fritz Pyka als Sohn.
Beerdigung: Dienstag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, vom Trauzuhause, Orwitz Nr. 7, nach dem Kommunalfriedhof Orwitz.

Stimm schließt der Sänger!
Am 21. April verschied nach langem, schweren Leiden unser wertiger Vereinsmitglied, der Gastwirt
Herr August Pyka
im Alter von 53 Jahren.
Ein dauerndes Andenken wird ihm bewahren
H. G. T., „Herrn Ernst, zum Sieg“, Orwitz.
Beerdigung: Dienstag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, vom Trauzuhause, Orwitz Nr. 7, nach dem St. Bonifatius-Friedhof.

Zentral-Verband der Zimmerer.
Am 21. April verschied nach langer Krankheit unser langjähriges Verbands-Mitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle, der Zimmerer
Gottlieb Scheel
im Alter von 75 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 25. April, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Magdalena-Friedhofes, Ende Lobestraße, aus.

Am 21. April verschied im Alter von 45 Jahren unser Mitglied
Frau Helene Elbig.
Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Montag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Grünhagen aus.

Achtung!
Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (Verkehrsbund).
Dienstag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr
in der „Wilhelmsburg“, Reudorfstraße 54:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung und Kartelldelegierten für das 1. Quartal 1922.
2. Freie Aussprache.
3. Aufstellung eines Kandidaten für den Gewerkschaftsausschuss.
Näheres siehe in der Tagesordnung.
Die Ortsverwaltung. J. A. P. Senk.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Breslau.
Dienstag, den 25. April, nachmittags 5 1/2 Uhr,
im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses

Berammlung
der Inkassateure, Kahrleger u. deren Helfer
Bericht über die Lohnverhandlungen.
Um pünktliches Erscheinen ersucht.
Die Brancheneitung.

Rechnungen für Gas, Wasser und Strom.
Die den Unternehmen von Gas, Wasser und elektrischem Strom ausgestellten Rechnungen für das Vierteljahr Januar-März 1922 sind bis spätestens 10 Tage nach der Ausstellung zu bezahlen.

Alle im Verzuge befindlichen Zahlungspflichtigen werden dringend ersucht, die rückständigen Beträge innerhalb bis spätestens 25. April 1922 an die Stelle der städtischen Betriebswerke zu zahlen. Andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr durch Rechtsanwälte der Stadt abgefordert werden. Wenn auch an diese nicht gedacht wird, so muß in Aussicht genommen werden, die Forderung einzufordern und die Kosten zu bezahlen.
Städtische Betriebsverwaltung.

Ausgabe der Kohlenkarten für Haushaltungen.
Für die Haushaltungen werden diesmal Kohlenkarten auszugeben, gültig für die Zeit vom 1. Mai 1922 bis 30. April 1923.
Die Ausgabe geschieht gemeinsam mit der Ausgabe der Lebensmittelpässe vom 24. bis 29. April 1922 in den Stadtverordnetenbüros A, B und C.
Für die Kohlenkarte nicht folgendes abgeholt, so werden 2 Mk. für Nachzahlung erhoben.

Die Kohlenkarten sind zur Ausgabe des bisherigen Kohlenpreises auszugeben. Die Ausgabe bei einem anderen Kohlenpreise ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Magistrats, Kohlenverteilung, zulässig. Sonstige Änderungen sind einem anderen Händler entgegen zu stellen.

Der Kohlenhändler muß eine Abgabe der Kohlenkarte am 15. Mai 1922 einbringen. Bestenfalls (für und Abgabe), sind jedoch abnehmend wie üblich zu werden.

Sind die Karten 1-6 bereits vom 1. Mai 1922 ab geliefern werden:

1. Karte	1. Karte
2. Karte	2. Karte
3. Karte	3. Karte
4. Karte	4. Karte
5. Karte	5. Karte
6. Karte	6. Karte

Die Karten 1-6 werden mit dem 31. Oktober 1922 ungültig und dürfen jedoch in diesem Falle nicht benutzt werden.
Magistrat, Kohlenverteilung.

Stoffe für elegante Herren - Anzüge
in großer Auswahl zu kleinem Milieu Preis.
Tuchlager H. Krzesny
Gartenstr. 20, gegenüber der Markthalle.

Echte Walther'schen Essenz
in großer Auswahl zu kleinem Milieu Preis.
Walther'schen Essenz
Laboratorium E. Walther, Halle a. S. - Trautwein 122

Bereinigte Theater in Breslau.

Lobe-Theater, Tel. 9.674, Thalia-Theater.
Montag, 24. April, 7 1/2 Uhr: „Kaba und Gieser“
Dienstag, 25. April, 7 1/2 Uhr: „Madame sans gêne“

Stadt-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr: „Orpheus in der Unterwelt“
Dienstag 7 1/2 Uhr: „Das Heringgold“
Mittwoch 7 1/2 Uhr: „Fens ud König wär“

Schauspielhaus.
Opernabende, Tel. Ring 2345.
Heute u. täglich 7 1/2 Uhr: „Der Tanz ins Glück“
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: „Der Kastelbinder“

Dominikaner!!!
Täglich Punkt 7 1/2 Uhr:
Das neue Familien-Programm
Die brillante Bischof-Sänger.

Möbel
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche, auch Einzelmöbel
Karnaky & Co.
Kasselerstr. 21.

Frauen
mit Herzenswärme
Spartagen
Leib- und Monatsbinden
Gummwaren für Damen und Herren.
Katalog 50 Hg. gegen Fr. Barthel Breslau 7, v. Sadowast. 67

Wiederverkäufer!
Wafel-Schuhentel
schwarz und braun, 160 cm, 120 cm, 150 cm, werden paarm. abgeh. u. los. Sehr preiswert!
Leo Wiener
Säbmeisterstraße 50.

Wasser- u. Kleiderstoffe
Kleiderstoffe
Korsettsstoffe
Linnen und Damaste
Tücher und Inletts
Gardinen- u. Möbelstoffe
Manchester, Samte
Karlplatz 3
1. Etage
R. Glücksmann.

Kleine Anzeigen
in der Volkszeitung sind billig und erfolgreich

Zu kaufen gel.
Grammophonplatten, auch tauschbar gegen neue Platten, auch tauschbar gegen neue Platten, auch tauschbar gegen neue Platten.
Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

Zu kaufen gel.
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

Zu kaufen gel.
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

Zu kaufen gel.
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

Zu kaufen gel.
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

Zu kaufen gel.
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

Zu kaufen gel.
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

Zu kaufen gel.
Kleiderwagen aller Art, untergelegte, Planen, u. a. m. Teile leicht fests. Wolke, Seifingstraße 11.

WALBURG
Beginn 4 1/2 Uhr

DK
Beginn 5 Uhr

Heute letzter Tag!
3 sensationell Vorbildend!
Der aufs unglaubliche Wortgehörnde Film!
Die Wunder der Zauberpuppe
Originelle Neuheit der Filmkunst!
Außerdem:
Sibirische Tyrannen
oder: Slawische Rache
Das Paradies der Hölle
Hachisch, 5 Akte.
Varietéschau: Petras Merlenontenpiolo

Drei-Kronen-Gäle, Rosenthal
früher Seifert. Telefon Ode 1924.
Heute Montag:
in dem allbeliebten Glasanal:

Vornehmer Tanz.
1359

Arbeitsmarkt
Erfolgreiche
Rochschneider
finden dauernde Beschäftigung außer dem Hause
Gebr. Jawitz
Zuntenstraße 16. 1364

Gebilde Fantasiestutarbeiterinnen
finden dauernd lohnende Beschäftigung.
Gattel & Schrenk
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Neujährstraße 11/12. 1377

Westen-Wäckerinnen
auf nur feinste Wäcker, Torten u. d. außer dem Hause
G. Leupelt, Hummerl 24.

Zeitungsträgerinnen
für alle Stadtteile gesucht.
Expedition der „Volkswacht“, Flurstr. 4 6.
Lichtige Hofennäherin
außer dem 1. Maschinennäherin
Henckel, Schleichwerderstraße 6.

10 Frauen und Mädchen
redegewandt, bei hohem Verdienst, verlangt
Paul Hartmann, Baustraße 11, II.

2 Schlosserlehrlinge
kommen für mehr
Kunst- und Bauschlosserei Langer
Pöfener Straße 38. 1374

2 tüchtige unverheiratete Handformer
stellen sofort ein
Hartigwerk Sorau
Zeine & Co.
Küngendorf 91/2.

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. April.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteiessen und -genossen! Auf, heute abend

7 1/2 Uhr in die ...

Wichtige Tagesordnung! ...

Abteilung Sandtor ...

Weiterer Parteivorstand ...

Erweiterter Parteivorstand ...

Arbeiter und Angestellte ...

Vertrauensleute ...

Wahlrechtsausgleich ...

Arbeiter, Jungsozialisten ...

Die nächste Sitzung ...

Quäterspeisung ...

Meldungen von Klein- und Schülern ...

Meldungen von Klein- und Schülern ...

Aufruf an die Hausfrauen!

Ihr Kleinnütigen und Jagdhaken, daß Ihr doch nur ein einziges Mal aus Eurer ...

Wenn schon die Männer, wegen Politik und Kartenspiel, wegen Schnapsgenuss ...

Das sind so einfache reale Dinge, sie müssen selbst dem Dorf ...

von Eurer Sparsamkeit der Haushalt besteht, die Familie lebt!

Sondern von Eurer praktischen Wirtschaftspolitik im Kleinen ...

Sagt ihm einmal, daß er nur eine Woche einmal sein Taschengeld ...

hat noch kein Krümer Mitleid gehabt. Ihr werdet, wenn Ihr Euch nicht bald bekennt ...

Sprecht auch mit Euren Leidensgenossinnen auf ...

Expeditoren, Barbieren, Holzarbeiter und Straßenbahnen ...

um die Erhaltung des Lebens. Allen könnt Ihr helfen, wenn Ihr nur einmal ...

Jetzt diesmal meinem praktischen, ernsten, brüderlichen Rat ...

Sport am Sonntag

Schwerathletik.

Bei dem am 1. und 2. Osterfeiertage in Bagnitz abgehaltenen Kreisweisskrietz ...

Resultate von Sonntag. Sonntagsklasse: Stern I - West I 3:0 ...

A-Klasse: Vorwärts I - Wader Kl. Breslau I 3:0 ...

III. Bezirksmannschaften: Sturm III - Fr. Sportfr. III 9:1 ...

I. Jugendmannschaften: Sturm I 3 - Dels I 3 3:0 ...

II. Jugendmannschaften: B. f. R. II 3 - Sturm II 3 Kampff. Sturm ...

Schülermannschaften: B. f. R. I Sch. - Stern II Sch. 3:0 ...

Rußball-Sport.

Stern I - West I 3:0, Halbzeit 0:0. Im Eichenpark war Hochbetrieb ...

Nach der Pause nimmt das Spiel scharfe Formen an. Stern unternimmt gefährliche Angriffe ...

Stern habe ich schon besser gesehen, ebenso auch den Gegner. Das Resultat entspricht nicht dem Spielverlauf ...

Die größte Ueberraschung des Tages war dieses Spiel. Der Südmannschaft ging ihre Neuaufrüstung ...

Süd ist ganz verblüfft und dem Gegner gelingt es bis zum Schluß durch Mitte und Halbdreis ...

Der verteuerte Wohnungsbau.

Zur Ausführung des Breslauer Wohnbauprogramms, das die Schaffung von 1800 Wohnungen ...

Zur Maifeier. Deutscher Holzarbeiter-Verband ...

Die Kundgebung der 60. Am Donnerstag war Demonstrationstag ...

Die „Schleifische Arbeiterzeitung“ scheint wohl die ganze Wucht ...

Neben deinem Bruder steht du. Neben deinem Bruder steht ihr beide ...

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Montag, den 24. April ...

Am Freitag, den 27. April, den 27. April, nachmittags von 4-5 Uhr ...

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Montag, den 24. April ...

Am Freitag, den 27. April, den 27. April, nachmittags von 4-5 Uhr ...

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Montag, den 24. April ...

Am Freitag, den 27. April, den 27. April, nachmittags von 4-5 Uhr ...

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Montag, den 24. April ...

Am Freitag, den 27. April, den 27. April, nachmittags von 4-5 Uhr ...

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Montag, den 24. April ...

Stellen. Beim Sieger gefiel die ganze Mannschaft bis auf den ...

Am Sonntag weite Sturm mit der ersten, zweiten und ersten Jugendmannschaft ...

Resultate von Sonntag. Sonntagsklasse: Stern I - West I 3:0 ...

A-Klasse: Vorwärts I - Wader Kl. Breslau I 3:0 ...

III. Bezirksmannschaften: Sturm III - Fr. Sportfr. III 9:1 ...

I. Jugendmannschaften: Sturm I 3 - Dels I 3 3:0 ...

II. Jugendmannschaften: B. f. R. II 3 - Sturm II 3 Kampff. Sturm ...

Schülermannschaften: B. f. R. I Sch. - Stern II Sch. 3:0 ...

Die Kohlenkarten für Haushaltungen werden diesmal für ein ganzes Jahr ...

Anmeldungen zur Volkshochschule werden auf vielfachen Wunsch ...

Die städtischen Steuerzahler werden die für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember ...

Ringkämpfe im Zellgarten. Heute Montag kämpfen Fortsetzung ...

Erstappte Händer. Am 18. April, abends gegen 11 Uhr, wurde am ...

Sittlichkeitsverbrechen. Vor einigen Tagen ist ein hiesiger Fleißermeister ...

Ermittelte weibliche Wasserleiche. In der weiblichen Leiche, die, wie gemeldet ...

Weibliche Kindesleiche. Aus dem Gendarmenhaus in der ...

Die Kohlenkarten für Haushaltungen werden diesmal für ein ganzes Jahr ...

Anmeldungen zur Volkshochschule werden auf vielfachen Wunsch ...

Die städtischen Steuerzahler werden die für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember ...

Ringkämpfe im Zellgarten. Heute Montag kämpfen Fortsetzung ...

Erstappte Händer. Am 18. April, abends gegen 11 Uhr, wurde am ...

Sittlichkeitsverbrechen. Vor einigen Tagen ist ein hiesiger Fleißermeister ...

Ermittelte weibliche Wasserleiche. In der weiblichen Leiche, die, wie gemeldet ...

Weibliche Kindesleiche. Aus dem Gendarmenhaus in der ...

Die Kohlenkarten für Haushaltungen werden diesmal für ein ganzes Jahr ...

Anmeldungen zur Volkshochschule werden auf vielfachen Wunsch ...

Die städtischen Steuerzahler werden die für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember ...

Ringkämpfe im Zellgarten. Heute Montag kämpfen Fortsetzung ...

Erstappte Händer. Am 18. April, abends gegen 11 Uhr, wurde am ...

Sittlichkeitsverbrechen. Vor einigen Tagen ist ein hiesiger Fleißermeister ...

Ermittelte weibliche Wasserleiche. In der weiblichen Leiche, die, wie gemeldet ...

Volkswacht

für Schlessen

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Jernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5852

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6 durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Hauptstraße 140, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Wöchentlich 4,20 Mk., monatlich 12.— Mk., alle Vierteljahre 48.— Mk., alle Halbjahre 96.— Mk., alle Jahre 192.— Mk.

Anzeigenpreis: In 21 Minuten die geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 4,20 Mk., auswärts 5.— Mk., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Verzeihen, Verzeihen, Wohnungsangelegenheiten 0,70 Mk., kleine Anzeigen pro Wort 0,50 Mk., das letzte Wort 1,00 Mk., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

Einverständnis über den „Friedenspakt“!

Alliierte Einheitsfront gegen die deutsche Darstellung des „Zwischenfalls“.

„Nicht der Schatz eines Beweises.“ — Vorbehalt der juristischen Ungültigkeit des deutsch-russischen Vertrages. Der „Zwischenfall“ abgeschlossen.

Die Note, die die Signatarmächte auf die Note der deutschen Delegation vom 18. April 1922 als Antwort gerichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

Genua, 23. April. Herr Präsident! Die Unterzeichneten bestätigen die Empörung über die Note vom 18. 4. in der Ihnen von dem Standpunkt Kenntnis gegeben wurde, zu dem sie sich gegenüber dem Vertrage zwischen der russischen Delegation und der deutschen Delegation geäußert haben. Sie stellen mit Genugtuung fest, daß die deutsche Delegation der Tatsache Rechnung trägt, daß der Abschluß eines Sondervertrages mit Rußland über zum Tätigkeitsgebiet der Konferenz gehörige Fragen es unerwünscht macht, daß diese Delegation weiterhin an der Erörterung der Bedingungen eines Abkommens zwischen Rußland und den verbleibenden auf der Konferenz vertretenen Mächten teilnimmt. Die Unterzeichneten würden es vorgezogen haben, von jeder Fortsetzung des Schriftwechsels über diese Angelegenheit abzusehen. Ihr Brief enthält jedoch gewisse Behauptungen, zu deren Richtigstellung sie sich verpflichtet fühlen. Nach Ihrem Schreiben hat sich die deutsche Delegation zum Abschluß eines Sonderabkommens mit Rußland geäußert, wiewohl Mitglieder der Delegationen der einladenden Mächte die Prüfung großer Schwierigkeiten abgesehen hätten, welche die von ihren Sachverständigen in London aufgestellten Vorschläge für Deutschland geschaffen haben würden. Die Unterzeichneten Vertreter der einladenden Mächte haben bei den Mitgliedern ihrer Delegationen Nachforschungen angestellt und haben festgestellt, daß nicht der Schatz eines Beweises für diese Behauptung vorliegt. Die Mitglieder der deutschen Delegation haben sich zu wiederholten Malen mit Mitgliedern der Delegationen der einladenden Mächte getroffen und unterhalten, sie haben jedoch niemals zu verstehen gegeben, daß die Londoner Vorschläge keine geeignete Basis für die Konferenzberatungen seien und daß die deutsche Delegation im Begriff stehe, mit Rußland einen Sondervertrag abzuschließen. Die Behauptung, daß die offiziellen Beratungen mit den Russen über die Anerkennung der Schulden die Delegation der Gefahr ausgesetzt hätten, sich einem für Deutschland unannehmbaren und von der Mehrheit der Mitglieder der Kommissionen bereits gebilligten Entwurf gegenüber zu zeigen, ist gleichfalls unbegründet. Ein Entwurf wäre nicht von der Konferenz angenommen oder hätte von ihr angenommen werden können, ohne die volle Mäßigkeit seiner Erörterung in den zuständigen Kommissionen oder Unterkommissionen zu geben, und in diesen Kommissionen und Unterkommissionen war Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den anderen Mächten vertreten. Ein Irrtum über die Tragweite der Sachverständigenberichte oder eine falsche Auslegung der offiziellen Unterhaltung mit den Russen hätte aus dem Verlangen nach einer eingehenden Erörterung mit den Kommissionen der Konferenz resultieren können, dagegen können Sie in keiner Weise das verfochtene Verfahren rechtfertigen, und die Unterzeichneten können nur bedauern, daß Ihre Note den Versuch macht, auf diese Weise die Verantwortung für ein Verfahren, das mit dem für die Wiederherstellung Europas notwendigen Geiste lokaler Zusammenarbeit so sehr im Widerspruch steht, anderen Mächten zuzuschreiben. Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zuwiderlaufend befunden werden. Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen angesehen werden. Genehmigen Sie, Herr Präsident die Versicherung u. m. g. Folgen die Unterzeichneten sämtlicher alliierten und assoziierten Mächte.

tungen, die durch die offene und loyale Haltung der einladenden Mächte genügend widerlegt werden. Wir sind überzeugt, daß Gen. Erzelenz mit mir die Notwendigkeit anerkennen werden, die Haupt der Delegationen, die sich unter Ihrem Vorhitz vereinigt und die Note vom 18. April unterzeichnet haben, zusammenzuberufen, um über die durch die deutsche Note geschaffene Lage zu beraten. Diese Beratung muß, um möglich zu sein, binnen kürzester Frist stattfinden. gez.: Barthou.

Der Reichsanzler hat an die Facta darauf folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident! Es wird der Text eines Schriftstückes in der Öffentlichkeit verbreitet, das der Präsident der französischen Delegation an Sie gerichtet haben soll. In diesem Schreiben wird, wie mir mitgeteilt wird, in Bezug auf meinen Brief vom geistigen Tage die Verwendung „allegations mensongères“ (lügenhafte Behauptungen), gebraucht. Sollte dieser Ausdruck wirklich gefallen sein, so lege ich mich gezwungen, entschiedenem Einspruch gegen diesen beleidigenden Ausdruck zu erheben, womit der an einem besondern feierlichen Tage der Konferenz von Ihnen, Herr Präsident, so nachdrücklich betont und so tatkräftig vertretene Geist der Konferenz von Genua auf das schwerste verletzt wird. Genehmigen Sie, Herr Präsident u. m. g.

Die Wirkung der alliierten Note. — Staatssekretär von Simson nach Berlin entsandt. — Lloyd Georges Friedenspakt kommt. — Vor unserem Eintritt in den Völkerbund.

(Von unserem Sonderberichterstatter in Genua.)
Trotz Aufgebot der besten juristischen Kräfte im Entente-Lager hat es bisher niemand gewagt, ernstliche Widersprüche zwischen dem von Deutschland und Rußland abgeschlossenen Vertrag und dem Versailles-Friedensdokument festzustellen. Es wird jedenfalls auch in Zukunft niemand geben, der entsprechende Behauptungen aufstellt, die einem neutralen Juristenkomitee standhalten könnten. Mehrigens ist der Vorbehalt des Einspruchsrechts in der letzten Note der Mächte auf ausdrücklichen Wunsch Barthous und Poincarés in den englischen Text des Protokollentwurfes aufgenommen worden. So schlug man zwei Fingern mit einer Klappe, stützte Barthous Stellung und gab gleichzeitig den Schreibenden in Paris Gelegenheit, sich der französischen Regierung bei der Aufdeckung der Widersprüche zu helfen, von denen sie schon einige Tage gelebt haben.

Noch ist die anfängliche Ruhe und Stetigkeit nicht wieder hergestellt. Die Zurückhaltung, die sich deshalb für uns in Genua schied, ist auch für die Heimat in Bezug auf die Unterzeichnung, ob der Vertragsabschluss notwendig war oder nicht, angebracht. Die deutsche Delegation in Genua hat bereits den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Simson, mit dem notwendigen Material ausgestattet, nach Berlin geschickt, um die dort weilenden Mitglieder der Reichsregierung sowie die führenden Parlamentarier über die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses zu unterrichten.

Man erwartet, daß die Arbeiten in den verschiedenen Unterkommissionen jetzt sehr bald zum Abschluß gebracht werden, sodas die Plenarkommission ihr Ergebnis bereits bis Donnerstag würde ratifizieren können. Am Freitag soll darauf Lloyd George einen Pakt einbringen, nach dem sich alle Mächte, die Konferenzteilnehmer sind, verpflichten, bewaffnete Angriffe gegeneinander vorläufig einzustellen. In seinem Presseempfang am letzten Donnerstag hatte der englische Ministerpräsident diese Absicht deutlich durchblicken lassen, als er einen solchen Pakt als ledigliches Ergebnis der Genuefer Konferenz bezeichnete. Es handelt sich eigentlich nur um die Wiederholung einer der wichtigsten Bestimmungen des Völkerbundsstatuts. Deshalb gilt die Zustimmung sämtlicher Entente-Mächte und auch der Neutralen als gesichert. Die einzige Neuerung, die allerdings entscheidend wäre, würde in der Ausdehnung der Bestimmungen auf Deutschland und Rußland liegen. Dadurch wäre die entscheidende Voraussetzung für den Eintritt Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund gegeben.

Ein scharfes englisches Wort gegen „die alten Alliierten“.

Bei dem gestrigen englischen Presseempfang hat der englische Pressesekretär Sir Edward Grigg folgendes erklärt: Der englische Ministerpräsident Lloyd George habe in der heutigen Sitzung der Signatarmächte das Wort genommen und seine Zurechenheit ausgedrückt über die friedvollen Erklärungen von Seiten des Herrn Bratiano, die er im Namen der kleinen Entente gemacht habe. Lloyd George habe weiter ausgedrückt, daß er auf das engste mit den alten Alliierten zusammenarbeiten wolle. Man müsse jedoch darüber vollkommen klar sein, diese Zusammenarbeit sei nur dann möglich, wenn sie im Sinne einer vollkommen friedlichen Politik erfolge. Wenn das Gegenteil der Fall wäre, wenn man jeden Augenblick Zwischenfälle schaffen wolle, und einen Zustand der ständigen Beunruhigung aufrecht erhalte in Europa, so würde die englische Demokratie nicht fortzudauern können, mit den alten Alliierten zusammenarbeiten und ihre Handlungsfreiheit zurücknehmen müssen.

Was die Alliierten den Russen bewilligen und verweigern.

Die am 15. April von Lloyd George der russischen Delegation übergebene Mitteilung hat folgenden Inhalt:

1. Die alliierten Regierungen lehnen die Verantwortung für die von den Sowjets erhobenen Ansprüche ab.
2. Mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Rußlands sind die alliierten Regierungen bereit, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen, später zu vereinbarenden Höhe abzuschreiben und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen.
3. Der Sowjetregierung kann in folgenden Punkten nicht entgegen gekommen werden: a) hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Rußland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat; b) hinsichtlich des Rechtes solcher fremden Staatsangehörigen auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz für erlittene Schäden aus diesem Eigentum.

Die Forderungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses zur Weltpolitik.

Auf dem internationalen Gewerkschaftskongress wurde gestern der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas erörtert. Der Berichterstatter Souhaurz betonte die dringende Notwendigkeit, Europa von Grund auf neu aufzubauen. Solange die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht wiederhergestellt sind, solange nicht ein Kreditkartell auf internationaler Basis unter der Kontrolle eines Finanzkartells geschaffen ist und solange nicht die Notwendigkeit erkannt ist, daß alle Völker sich gegenseitig helfen müssen, wird das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ungelöst bleiben.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leppart, erklärte namens der deutschen Delegation, daß er den Ausführungen Souhaurz zustimme. Leppart stellte fest, daß Deutschland die Nation sei, die am schwersten heimgekehrt worden sei von der durch die Regierungen befolgten nationalpolitischen Politik. Er legte die wirtschaftliche Lage Deutschlands dar, um die Behauptungen zurückzuweisen, daß sich die deutsche Industrie und die deutschen Arbeiter in guter Lage befänden. Leppart schloß mit dem Wunsch, daß die Politik des Hasses und der Rache, welche bereits jetzt nicht nur über die deutschen, sondern auch über die Arbeiter der ganzen Welt gebracht habe, so früh wie möglich beendet werde, um ersetzt zu werden durch eine Politik der Eintracht und Solidarität unter den Völkern und durch eine Ära der gemeinsamen friedlichen Arbeit.

Turner, England, stimmte im Namen seiner Delegation den Gedankengängen Souhaurz zu. Buzzi, Italien, hielt keine Ration für möglich, wenn nicht zwei ungeheure Probleme gelöst würden, nämlich die Streichung der Kriegsschulden und die Frage der Rohstoffe, Madisson, Dänemark, stimmte dem zu. Der Kongress nahm darauf die bereits in Genua ausgearbeitete Entschließung an, welche erklärt, daß die augenblickliche Lage nicht allein durch finanzielle Operationen gelöst werden könne und die die Abschaffung jeden Rohstoffmonopols, die Streichung der gegenseitigen Schulden und die Einstellung einer Wirtschaftspolitik, der nationalpolitische Motive zugrunde liegen, fordert.

Der König von Italien in Genua.

(Sonderbericht von unserem Vertreter in Genua.)

Der Empfang des Königs durch die Genuefer Bevölkerung gestaltete sich bei ungünstigem Wetter ziemlich stimmunglos. Man sah zwar unzählige Fahnen und Menschen, die Beifall klafften und Hurra riefen, als der König erschien, das Ganze aber trug fast den Charakter einer offiziellen Ovation. Man sah viele Offiziere in Gala-Uniform und durch Abzeichen kenntlich gemachte Faschisten, die andauernd in die Hände klafften.

Dem Empfang in der Präfectur folgte das Frühstück auf einem Kriegsschiff. Unter den Ehrengästen, die an der Tafel des Königs Platz nahmen, befanden sich auch die deutschen Reichsminister, mit denen sich der König längere Zeit in deutscher Sprache unterhielt. Auch Tschitschewin und Krassin waren als Gäste anwesend. Sie erklärten, wenn man schon mit kapitalistischen Staaten verhandle, könne man auch die Einlabung eines Königs annehmen. Gegen 2 1/2 Uhr erfolgte die Rückfahrt des italienischen Königs durch die Stadt, die von Militär überfüllt war. Wir Deutschen konnten uns dabei dem glücklichen Gefühl hingeben, die Zeit des Parade-marsches überstanden zu haben. Unser Bedauern galt den Soldaten, die stundenlang im Stadthelm und im Regen warteten, bis der König mit großem Gefolge die Front im Auto abfuhr.

Polens Ziel in Genua.

Die Warschauer Blätter melden, die polnischen Gesandten in London und Paris führen den von Stirnunt begonnene Meinungsaustausch wegen Anerkennung der polnischen Ostgrenzen weiter. Stirnunt selbst unterhandelt in Genua mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Schanzer.

Litauens Bemühungen in Genua.

Die litauische Presse meldet, daß die litauische Delegation in Genua beschlossen habe, bei der politischen Kommission die Bildung eines Sonderausschusses aus Vertretern der Großmächte, Litauens, Rußlands und Polens zu beantragen, der sich mit der Regelung verschiedener Gebietsfragen, u. a. der Wilna- und der Memelfrage, sowie der Frage der polnischen Ostgrenzen, befassen soll. Auch will die litauische Delegation die Anerkennung Litauens zur Sprache bringen, die seitens einiger Staaten, darunter Frankreich und Polen, noch nicht erfolgt ist.

Notenduell zwischen Barthou und Wirth.

Der obigen Note aller alliierten und assoziierten Mächte war ein Vorhitz Barthous vorausgegangen, der den „Zwischenfall“ zu neugierig suchte.

Dieser Brief Barthous an den Präsidenten der Konferenz Facta hat folgenden Wortlaut:

„An den Präsidenten der Konferenz von Genua!

Ich habe Sie jetzt nur aus den Setzungen von dem Text des Briefes Einsicht erhalten, den der deutsche Reichsanzler heute, Sonnabend, Euer Excellenz überhandt hat. Ich halte es indessen für nötig, Ihnen unermüdetlich die ausdrücklichen Vorbehalte zu übermitteln, zu denen ein Aktienstück Anlaß geben muß, das mir unzulässig erachtet muß, wenn der Text authentisch ist, worauf hier alles hindert. Die deutschen Delegierten hatten den Vertrag als rechtlich zulässig hin. Die französischen Delegierten sind der Meinung, daß, ohne hier von anderen Verpflichtungen oder Abkommen Deutschlands zu sprechen, dieser Vertrag die Grundzüge von Cannes verletzt. Auf der anderen Seite haben die Alliierten festgehalten, daß der deutsch-russische Vertrag den Geist wechsellustigen Vertrauens vernichtet, der zur internationalen Zusammenarbeit unerlässlich ist und der die Konferenz zusammenführt hat. Die Alliierten stimmen darin überein, daß ihre Einigkeit ihnen nicht gestattet ist, mit den deutschen Vertretern in der Kommission für die zukünftigen Fragen zusammenzuarbeiten. Die deutsche Note gibt dem Schreiben vom 18. April eine unzulässige Auslegung. Es wäre zwecklos, auf die Einzelheiten der von der deutschen Delegation aufgestellten Behauptungen einzugehen, illogische Behauptungen.

Seiner Bestimmung.

50 000 Trauergäste.

Essen, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Beerdigung des Genossen Hub fand heute unter ungeheurer Beteiligung aus allen Kreisen der Arbeiter- und Bürgerchaft statt. Die Leiche war im großen Saal des städtischen Rathhauses aufgebahrt. Das große Publikum war nahezu von den Rängen, die in unzähliger Menge aus allen Teilen des Deutschen Reiches und aus dem Auslande eingewandert waren, gefüllt. Der Saal wurde von einer Anzahl Knappen in Uniform geschützt. Die Beerdigung im Saal begann um 2 Uhr in Anwesenheit von circa 4000 bis 5000 Personen. Unter den Anwesenden waren eine große Anzahl in- und ausländischer Delegationen. Für den Parteivorstand war der Genosse Adolf Braun, für den Reichstag und die Reichstagsfraktion Genosse Böde, für die Landtagsfraktion Genosse Simberg, für die Reichsregierung Staatssekretär Erzgebirski und für die preußische Regierung Minister Sirisitzer anwesend; außerdem waren die Spitzen der lokalen und provincialen Verwaltungen erschienen.

Nach einem Orgelstück und einem Liebesortrag des Volkshores hielt Verbandsvorsitzender Genosse Husemann eine tiefempfundene Ansprache, in der er das Wirken des Genossen Hub als Mensch und Kämpfer, seine Verdienste um die Arbeiterklasse, insbesondere um die Bergarbeiterschaft und des deutschen Volkes, schilderte. Husemann forderte die Anwesenden auf, im Geiste des Verstorbenen weiter für die Arbeiterklasse zu wirken. Das sei der beste Dank und die schönste Ehrung Otto Hubs, der uns allen allzufrüh entzogen wurde. Wieder setzte Orgelmusik ein und nachdem die Klänge des Liedes „Ein Sohn des Volkes“ verklungen waren, setzte sich der unübersehbare Trauergang in Bewegung. Wohl 1 1/2 Stunden mochte der Prozessionsmarsch der 50 000 Trauergäste dauern. Auf dem Südfriedhof hielten am Grabe Otto Hubs noch die Vertreter der vielen Delegationen Ansprachen. Das ganze deutsche Volk war vertreten, um dem Toten zu danken für all das, was er für es geleistet hat. Erst in den späten Abendstunden nahmen die Leisten Abschied vom Grabe des unvergesslichen Führers.

Keine Einkäufe am 1. Mai!

Der 1. Mai soll in diesem Jahre wieder durch Arbeiterruhe des gesamten Proletariats begangen werden. Leider ist es bisher nicht allen Arbeiterkategorien möglich gewesen diesen Festtag der Arbeit zu begehen, da die Unternehmer stets mit brutalen Gegenmaßnahmen auftraten, wenn in diesem oder jenem Gewerbe an einem Tage die Arbeit ruhte. Zu dieser Kategorie von Arbeitgebern gehören auch die Bäcker und Konditoren. Sie weisen die Forderung ihres Personals nach Arbeitserlöse am 1. Mai zurück mit dem Hinweis darauf, daß man die Brotversorgung der Bevölkerung nicht vollständig einen ganzen Tag unterbrechen könne. Um dem Beweis dafür zu liefern, daß es doch möglich ist, fordert der Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands die gesamte Arbeiterchaft auf, am 1. Mai keine Einkäufe an Brot und feinsten Backwaren vorzunehmen. Wir möchten diesen Wunsch dahingehend erweitern, daß wir insbesondere die Arbeiterfrauen bitten, am 1. Mai überhaupt keine Einkäufe zu machen, um so die Solidarität mit den Proletariats zu bekräftigen, deren Organisation noch nicht so stark ist, daß sie die Arbeiterruhe am 1. Mai erzwingen kann.

Schlechte Lage für Spekulanten.

Der Rückgang der Kurse am Devisenmarkt legte sich am Sonntagabend in verstärktem Tempo fort. Amlich notierten Kabeltempo 267, London 1180, Amsterdam-Rotterdam 10 200. An der Effektenbörse fand ein offizieller Verkehr nicht statt. Wohl aber läßt die Stimmung im inoffiziellen Verkehr erkennen, daß auch am Wertpapiermarkt mit weiteren Kursrücksetzungen zu rechnen ist.

Deutschlands neue Zahlungstermine.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note:

Nachdem die deutsche Regierung 1921 in bar die Summe von 1 Milliarde Goldmark gemäß dem Zahlungsplan vom 5. Mai bezahlt hat, suchte sie am 14. Dezember einen Auspruch für die Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar nach, die im gleichen Zahlungsplan vorgesehen waren. Die Reparationskommission faßte in Cannes am 13. Januar eine Entscheidung, auf Grund welcher Deutschland vorläufig, bis die Kommission endgültig über den deutschen Antrag Bescheid fassen konnte, ein Auspruch unter folgenden Bedingungen bewilligt wurde:

- a) Während des vorläufigen Auspruches sollte die deutsche Regierung in Auslandsbesitz alle 10 Tage einen Betrag von 51 Millionen Goldmark zahlen. Die erste Zahlung sollte am 18. Januar erfolgen;
- b) die deutsche Regierung sollte innerhalb von 15 Tagen der Kommission einen Entwurf von Reformen mit geeigneten Garantien ihres Haushaltes und Geldumlaufes vorlegen, sowie ein vollständiges Programm der Zahlungen und Einzahlungen für 1922;
- c) der vorläufige Auspruch läuft ab, sobald die Kommission oder die alliierten Regierungen Entscheidung über das in b

erwähnte Programm treffen. Auf Grund der Bedingungen unter b hat die deutsche Regierung der Kommission am 28. Februar eine Reihe von Dokumenten vorgelegt, auf Grund welcher die Kommission am 21. März die Entscheidung traf, durch die Deutschland für Zahlungen und Einzahlungen für 1922 ein Teilauspruch bewilligt wurde, dessen Befriedigung von der Erfüllung einer Reihe von Reformen abhängig gemacht wird.

Diese Entscheidung beendete auf Grund des Abjages o den vorläufigen Zustand der Delatanzahlung, infolge dessen Deutschland vom 18. Januar bis 18. März 1922 sieben Zahlungen von 81 Millionen geleistet hat, die zusätzlich der vor dem 18. Januar erfolgten Zahlungen den Gesamtbeitrag am 28. März auf 1 819 482 920,49 Goldmark bringen. Anstelle des Systems der Delatanzahlungen wurden folgende Verfalltage festgelegt: 18 051 079,51 Goldmark am 15. April 1922, 50 Millionen Goldmark am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober, 60 Millionen Goldmark am 15. November und 15. Dezember 1922. Am 7. April antwortete die deutsche Regierung der Reparationskommission betreffs der Reformen, deren Durchführung Bedingung zur Befriedigung des Auspruches ist. Jedoch hat das Schreiben die Reparationskommission nicht befriedigt. Sie antwortete ihrerseits am 13. April. Die beiden Schreiben wurden in der Presse veröffentlicht. Die deutsche Regierung hat jedoch am 15. April die erste monatliche Zahlung geleistet, die in der oben genannten Auffassung vorgelegt ist.

Die neue Wahlordnung für die Elternbeiräte.

Dem amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge hat die vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassene Wahlordnung für die Elternbeiräte den folgenden Wortlaut (die in Fettdruck gestellten Stellen geben die Neuerungen in der Wahlordnung wieder):

Das aktive und passive Wahlrecht steht den Eltern sämtlicher die Schule besuchenden Kindern zu, auch der Geist und fremden Schulkinder, und zwar sowohl den Vätern als auch den Müttern, jerner des Adoptiv- und Stiefeltern, sowie den Pflegeeltern, die ein Schulkind dauernd und im wesentlichen unentgeltlich in ihrer Familie erziehen.

Die Mitglieder des Lehrkörpers haben, wenn ihre Kinder die Schule besuchen, dasselbe Wahlrecht wie alle anderen Eltern. Jeder Wahlberechtigter hat nur eine Stimme, gleichviel wieviele Kinder die Schule besuchen.

1. Die ordentlichen Wahlen der Elternbeiräte finden in den ersten 8 Wochen nach dem Schuljahresbeginn des Unterrichtes im neuen Schuljahr statt.

Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

2. Der Wahltermin wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt und bekanntgemacht. Die Wahlen finden in der Regel am Sonntag oder Feiertage außerhalb der Schulschließung statt. Zum Wahlen sind mindestens 5 Stunden Zeit zu gewähren. Eine längere Arbeitszeit kann die Schulaufsichtsbehörde nach den örtlichen Verhältnissen festsetzen.

3. Der Schulleiter stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt sie spätestens 4 Wochen vor der Wahl zwei Wochen lang zur öffentlichen Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist gestattet, von der Wahlbehörde Anträge zu machen.

Einsprüche gegen die Liste sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem Schulleiter anzubringen. Dieser ist berechtigt, wenn es sich um einen Einspruch gegen das Fehlen eines Wahlberechtigten in der Liste handelt, selbständig dem Einspruch nachzugehen. Ist er dies nicht oder handelt es sich um einen Einspruch gegen die Aufnahme bestimmter Personen als Wahlberechtigte in die Liste, so entscheidet der Wahlvorstand (Ziffer 4). Dessen Entscheidung kann nur nach vorheriger Wahl im Wege des Einspruchs gegen diese (Ziffer 9) angefochten werden.

4. Ferner beruht der Schulleiter im Einvernehmen mit dem bestehenden Elternbeirat in der Regel 4 Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. Die Einberufung kann durch Vermittlung der Schulleiter oder durch öffentliche Aufforderung erfolgen. In der Elternversammlung hat der Schulleiter die Sätze des Elternbeirates und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekanntzugeben, auch die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben, auf das Ausliegen der Wahlzettel (Ziffer 3) und die Wichtigkeit des Einpruchs hingewiesen, zur Einreichung von Kandidatenlisten aufzufordern und den Termin für eine zweite Elternversammlung festzusetzen. Diese erfolgt in der Regel zwei Wochen vor der Wahl. In ihr sind die gleichen Bekanntmachungen zu wiederholen und durch Zusatz oder Abänderung ein aus mindestens drei Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen.

5. Die Kandidatenlisten sind spätestens am 10. Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen jede mindestens 10 mal Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirates zu wählen sind, und müssen mindestens zehn Unterschriften von Wahlberechtigten tragen, bei Schulen oder Schulgruppen von über 100 Kindern 20 Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzunehmen. Alle anderen sind spätestens 8 Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen. (Jede ordentliche Art der Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen gilt.) Die Zurücknahme von Kandidatenlisten kann nur im Wege des Einspruchs gegen die Wahl (Ziffer 9) angefochten werden.

werden. Wird nur ein Wahlvorschlagn vorchriftsmäßig aufgestellt und eingereicht, so erkräftigt sich das weitere Wahlverfahren. Der Wahlvorstand hat dann nur das Wahlergebnis nach dem Grundsatze von Ziffer 7 festzustellen.

6. Die Wahlberechtigten wählen durch persönliche Abgabe von verdeckten Stimmzetteln in öffentlicher Wahlhandlung. Zur Sicherung des Wahlscheitnisses sollen die Stimmzettel gleich groß und weiß sein, soweit nicht mit amtlichen Wahlumschlägen gewählt werden kann. Die Stimmzettel müssen eine der Kandidatenlisten genau bezeichnen. Die Verbindung von Listen ist unzulässig. Kein Kandidat darf gleichzeitig auf zwei Listen stehen. Stimmzettel, die nicht auf eine der öffentlich bekanntgemachten Kandidatenlisten lauten, sind ungültig, ebenso abgeänderte Stimmzettel.

7. Das Wahlergebnis ist sofort nach beendeter Wahl vom Wahlvorstand in öffentlicher Sitzung festzustellen und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Bei Ermittlung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (R.G.B.I. S. 1353) sinngemäß Anwendung.

Der Namen der Gewählten sind dem Schulleiter mitzuteilen, der binnen 8 Tagen die erste Sitzung des Elternbeirates einberuft.

8. Ueber die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll aufzustellen, das von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben und mit den eingegangenen Stimmzetteln und der Wahlliste von dem Schulleiter bis zur nächsten Wahl aufzubewahren ist.

9. Einsprüche gegen die Wahl sind nur binnen 2 Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zulässig. Sie können jede vor oder bei der Wahl vorgekommene Unregelmäßigkeit betreffen, haben aber keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Einsprüche entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Gibt sie dem Einspruch statt, so legt sie zugleich einen neuen Wahltermin fest.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Interalliierte Zeitungsverbote in D.S.

Sowohl gegen Polen als Deutsche.

Das Erscheinen der „Oberbischöflichen Grenzzeitung“ ist von der Interalliierten Kommission bis auf weiteres verboten worden.

Weiterhin ist die Einfuhr des „Berliner Tageblattes“, des „Berliner Lokalanzeigers“, der „Breslauer Morgenzeitung“, der „Breslauer Zeitung“ und des „Simplicissimus“ nach Oberschlesien von derselben Behörde untersagt worden.

Amerikanisches Kapital für Europa.

Die Unterbringung großer europäischer Anleihen auf dem amerikanischen Geldmarkt, die man als Zeichen für das wachsende Vertrauen in die finanzielle Gesundheit der alten Welt auffassen darf, hat besonders in der zweiten Märthälfte angehalten. Im genannten Zeitraum haben u. a. ausgenommen: die Regierung von Niederländisch-Indien unter Garantie der niederländischen Regierung 40 000 000 Dollar, die Paris-Nyon-Neuchâtel-Eisenbahn-Gesellschaft 30 000 000 Dollar, in Schuldverschreibungen, die Chemins de Fer du Midi 25 000 000 Francs oder 5 000 000 Dollar al pari und die American Industrial Development Corporation 10 000 000 Dollar in Obligationen. Die letzten zur Feldmung aufgestellten Anleihen sind die der Städte Solifons in Höhe von 6 000 000 Dollar und Elberfeld in Höhe von 60 000 000 Mark zu 5 Prozent, welche letztere die erste deutsche Anleihe ist, die nach Kriegsausbruch in der Vereinigten Staaten untergebracht worden ist. Diese Anleihe ist laut amerikanischen Berichten auf dem Wege jährlicher Ausfuhren in spätestens dreißig Jahren rückzahlbar; eine besondere Klausel stellt die Sicherstellung der Anleihebesitzer gegen eventuelle Veränderungen der deutschen Währung vor.

Moskauer Valutakurse.

Die am 8. April festgesetzten offiziellen Valutakurse der Staatsbank betragen: 1 Reichsmark 3000 Rubel, 1 Pfund Sterling 3 300 000, 1 Dollar 750 000, 1 französischer Franc 60 000, 1 schwebische Krone 190 000, 1 polnische Mark 150, 10 Goldrubel 4 000 000. Die freien Valutakurse übersteigen die offiziellen um das Vielfache: 1 Reichsmark 6000 Rubel, 1 Pfund Sterling 11 Millionen Rubel, 10 Goldrubel (Vorkriegsruhel) 20 Millionen Rubel und darüber; Brillanten von gutem Wasser 250 bis 250 Millionen Rubel 1 Karat.

Nach Abschaffung der amtlichen Goldrubelrechnung und damit auch der amtlichen Festlegung des Goldrubelkurses durch das Finanzministerium beginnen nunmehr verschiedene Institutionen, angefangen mit dem jetzt noch geschriebenen Rechnungsbuch der Papierfabriken, willkürlich ihre eigenen Kurse zu bestimmen. Das Moskauer Börsenamt, das die Mittelverträge, Eintragsbücher u. a. in Goldrubeln berechnet, legt den Goldrubel 400 000 Sowjetrubel gleich; das Kollegium der Moskauer Stadtverwaltung berechnet ihn mit 1 Million Sowjetrubel. Andere Institutionen getrauen sich zwar nicht, einen „eigenen Kurs“ zu veröffentlichen, erhöhen aber ihre Preise bis auf das Zweifachen bis zum dreifachen der Friedenspreise.

Das neue Karthago.

Von Georges Eckhoub.

60]

(Nachdruck verboten.)

Endlich, um einen letzten Schlag zu führen, zeigt er ihnen die Schrift der Abenteuer, die da unten reich geworden sind. O, sie sind unbeschreiblich wie das Evangelium, diese Epistel! Können Sie sie nur, Sie, der Schulmeister, da Sie lesen können. Nehmen Sie die Siegel und die Stempelabdrücke auf dem Umschlag, die Namen der Wohltäter von unterwegs. Und diese Briefmarken, diese „kleinen Köpfe“, zeigen nicht diezüge unseres Königs „Lionel“. Lesen Sie selbst, Sie, Schulmeister! Sie lesen doch, daß ich Ihnen nichts vorzuschreiben. Was ich Ihnen sage, heißt da schwarz auf weiß.

In diesen Briefen stehen fantastische Lobpreisungen, die von Europa aus befehlen, wie da unten von den Agenten in den Fingern ausgearbeitet wurden. Die schlauen Fische würden selbst Gebildete betrügen. „Jawohl, Jungen, ich selbst reise in ein paar Tagen wieder ab. . . Also entschließen sich! Wer will mich begleiten? So wahr ein Gott lebt, ich könnte mich nicht mehr an unser armes, kleines Europa gewöhnen.“

Und der spritzige Gauner fährt fort, sie auf den Seim zu laden. Zuweilen läßt er, um seinen Reden mehr Nachdruck zu verleihen, mit schmerzlicher Gleichgültigkeit eine Handvoll Goldstücke auf dem von den Biergläsern schmierigen Tische rollen. Es sind große, ausländische Münzen. Da unten bezahlt man nur mit Gold, und zwar mit Stücken, so groß wie unsere elenden Kupfermünzen in Silber. Beim Klänge der Münze blinzelt das Auge des kleinen Karthager auf wie das eines Conquistadors, und er heßt lächelnd, wie sein jetzt noch so schwaches Weib Hunderten von Diensthöfen befehlen, sich in Spitzen kleiden und sich auf dem Seile wälzen.

Nach Hause zurückgekehrt, läßt die Gattin diese Briefe wieder; sie können nicht schaden, aber lesen sie wieder im Innern. Die Gattin bespricht auf dem Kopfkissen die Sache mit ihren Kindern; erst lassen diese und wollen nichts davon wissen, aber schließlich lassen sie sich überreden und verlesen.

Auf den Feldern, unter dem trüblichen Himmel, mitten in der unpopulären Ebene, wo sie die Erde bearbeiten, die ihnen noch nie so widerwillig ertrug, kommt die Entscheidung wieder, und langsam bei der Arbeit, die Ellenbogen und das Kinn auf die Erde

gelegt oder den Ohren gleichgültig steifend, erinnert der Vater sich an die inelastischen Hände und denkt an die Verheißungen des Agenten.

Und wie ging dieser Karthager mit dem Golde um — Ein einziges dieser goldenen Stücke ist mehr als dreimal soviel wert wie die weißen Laler, die er das ganze Jahr hindurch bei jedem Dars verdient. . .

So kam es, daß an jenem Januarmorgen die Seiten der „Gala“, jenes großen Schiffes, das ehemals so feiertlich ausfuhr, aber schon mehr als einmal ausgebeutet worden und ganz fürzlich angegriffen war wie der Song eines Armen, eigentlich hätten elend sein sollen, um all jenes Reichentums aufzunehmen, das im Innern aufgehaut wurde, als jene Paries, denen hinterlistige Karthager durch den blutigen Kelch der Scheide das in der Ferne glänzende Goldland gezeigt hatten.

Doch da kommen die beiden Wagen der „Nation Amerika“, die Jan Singerfort bestellt hatte, auf dem Hafendamm an. Man hatte ihn zu Ehren zwei Jahre jener mächtigen Pferde von Barre angekauft, ungeheuer wie Karthager in den alten Tagen, jener gewaltigen Arbeitstiere mit langem, ledertemem Schutt, einem so feierlichen und gleichzeitigen Schritt wie der eines Streitrosses, die den Fremden bei der Kubensfeier so sehr angefallen waren. Auch sie hatten die roten Tiere eine so leichte und so erdwalliche Race gegogen, denn wenn das Geräusch auch viel Raum einnahm, so war es doch nicht schwer, und um die mächtigen Pferde nicht zu beschämen, hatten auch die Auswanderer sich auf die Wagen gelegt.

Zwischen dem am Hafen vorbeiziehenden Gepäck, den weißen, pagenartigen und verführerischen Karthagen, den geborgenen Säcken und den karthagenischen Bündeln in Baumwollzeug gingen Gruppen junger Karthager aus Silla, Pratschuel, Santoliel, Pulverboch und Bierfel umher.

Einige schienen übermäßig vor Freude zu sein, lächelten und riefen die ungewissen Jünglinge freudig an. In Wirklichkeit hatten sie sich eher selbst zu lächeln, sich von einer fernen Idee, einem Gewissensbiß zu befreien. Unter dem Vorwand, ihre weniger klugen Kameraden anzusehen, verließen sie diesen gemalten einen Stich auf den Rücken. Unter den Dachkanten waren hundert eine aber zwei wirklich ansehnlich in ihrer fremden Umgebung. Die anderen schwebelten sich selbst etwas vor. Da sie auf ihren Plan nicht mehr verzichten konnten, wählten ihre Tuschungen bereits schwanden und die

Erinnerung an ihre Heimat wieder wach wurde, so suchten sie sich durch Alkohol wieder Mut einzufüllen wie am Tage der Refrutenlösung.

Wenn man sie so sah mit ihren stieren Augen, ihren roten Oberlippen, sonnig gelblich, aber unordentlich, so hätte man sie für jene jungen Knechte und Mägde halten können, die am Peter- und Pauls-Tage sich von morgens bis abends in blättern und blumengeschmückten Wagen umherfahren lassen.

Die meisten schwiegen aber und lächelten apathisch in Betrachtungen verfallen zu sein. Wenn sie sich durch ihre Kameraden hinsetzen ließen, ein wenig umherzuäpfeln und einige Worte zu sagen, wie das Lied der „Kojenlands“ von St. Peter und Paul: „Wir geben ins Land der Kojen“ oder das Fastnachtlied der „Gonschjbers“. Wir kommen aus der Hürberggrube, so flachten sie bald und verließen wieder in ihre Trübseligkeit.

Sie glaubten sich schon jetzt auf den Schiffen zu sehen, und ihre Gedanken schwebten bereits über dem ungeheuren Hütentraum nach den fernem Küsten hin, wo ihr neues Vaterland sie erwartete. Bald aber wandten sich ihre Gedanken wieder ihrem Heimatdorf zu, das sie am vorübergehenden Tage verlassen hatten. Die Gloden des Schiffes wurden werden sie jetzt nicht mehr mit ihrem melancholischen Liede zur Frömmigkeit und zur Gebenheit mahnen. Ach, diese Gloden, die ehemals auch zum Kampfe gerufen hatten und deren Sturmgeläute heute nicht mehr umstände war, das Herabdröhnen des Hungers zu verhindern! Diejenigen Frischlinge, die ihre Abreise schon herauten, verließen sich in Gedanken wieder unter das Strohdach ihres Vaterlandes, auf die Felder, die sie so mühsam der Heide, der oft verunsicherten, aber doch liebgewonnenen Heide abgerungen hatten, aber an den Rand der Benne, jener Leiche und Stämme der Kempen, wo sie Frühjahrs fingen, während sie die mageren Kühe hüteten, oder an die Exzide, jenes Feuer, das sie mit Heide- und Tannenweigen anzündeten, deren harziges Aroma sich in der feuchten, kühlen Luft der Niobabende verbreitete.

Ah, der schöne Weiler, in den sie nie wieder den Fuß setzen würden und wo sie nicht einmal den letzten, besten Schlaf in der gewissen Erde neben ihren Vätern schlafen könnten.

Strenge erriet die wirklichen Gedanken dieser Karthagen. Das Mittel, das er für die Tüftler hatte, erstreckte sich auf ihre Leidenschaft. Besonders eine Epistel richtete ihn so sehr, daß er sie nie mehr vergaß, denn sie schenkte ihm den ganzen Sommer dieses Prozents der Zerbarnung zusammenzufassen. (Fortsetzung folgt.)

Die „proletarische Einheitsfront“ in Rußland.

Der kürzlich stattgefundenen Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands hat zur Frage der proletarischen Einheitsfront einen Beschluß gefaßt, der die Forderungen der russischen Kommunisten in drastischer Weise illustriert. Es heißt in diesem Beschluß, daß in allen Ländern, mit Ausnahme Rußlands, die Einheitsfront mit den übrigen proletarischen Parteien anzustreben sei, weil nur auf diese Weise die Kommunisten mit den breiten proletarischen Massen in Verbindung kommen könnten, daß aber in Rußland selbst die Einheitsfront mit den übrigen sozialistischen Parteien, den Menschenrechten und Sozialrevolutionären, unbedingt zu verwerfen sei, weil diese Parteien die Interessenvertreter der Bourgeoisie seien.

Diese Stellungnahme des kommunistischen Parteikongresses steht vollkommen im Einklang mit den Drohungen, die Lenin auf dem Kongreß erneut gegen die Menschewisten und Sozialrevolutionäre ausstieß. Zu derselben Zeit, wo die Vertreter der kommunistischen Internationale sich auf der Berliner Konferenz mit den Vertretern der Wiener Arbeitergemeinschaft und der 2. Internationale an einen Tisch setzten und die proletarische Einheitsfront als unbedingte Notwendigkeit anerkannten, kündigte Lenin, der eigentliche Führer Sowjet-Rußlands und der kommunistischen Internationale, den Angehörigen der übrigen proletarischen Parteien, insbesondere den Menschewisten der Wiener Arbeitergemeinschaft, „grausamen, erbarmungslosen“ Kampf an. Es scheint, als ob er sich zur Aufgabe gestellt hatte, jede Illusion im Reine zu erlöchen, daß es den Kommunisten mit der Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront ernst sei.

Ganz anders verhalten sich zu der Frage der proletarischen Einheitsfront unsere Genossen in Rußland, die unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen gegen den Terror, gegen die verbrecherischen Aktionen der Kommunisten ankämpfen und ungeachtet aller Verfolgungen die Kerntuppen des Proletariats für die sich anknüpfenden Kampfschlachten in Rußland zu sammeln suchen. Das Petersburger Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat, wie der „Sozialistische Wochenspiegel“ im Februar ein illegales Flugblatt veröffentlicht hat, das zur Frage der proletarischen Einheitsfront Stellung nimmt. Es heißt in diesem Flugblatt:

Die Bewegung zu Gunsten der Einheitsfront nimmt an Stärke und Umfang zu und erreicht immer größere Massen der Arbeiterklasse. Um ihren Einfluß auf die europäische Arbeiterbewegung nicht endgültig zu verlieren, haben selbst die patentierten Spaltungsinstanzen aus der kommunistischen Internationale und der kommunistischen Partei Rußlands die Parole der Einheitsfront ausgedehnt und so ihren vollständigen geistigen Bankrott offenbart. Zum natürlichen Anziehungspunkt der proletarischen Massen des Westens ist die Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien geworden, die in ihren Reihen jene westeuropäischen Parteien vereinigt, die unter hartnäckigem geistigen Kampf gegen die Reformisten und Kommunisten das Proletariat fortgesetzt zur Einheit und zum Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Demokratie aufgerufen haben. Die Einigung im nationalen und internationalen Maßstabe zur Verteidigung der Klassenpositionen des Proletariats, zum Kampf um den Sozialismus in Europa, zur Verteidigung der russischen Revolution — das ist die dringendste geschichtliche Aufgabe des internationalen Proletariats. Diese Aufgabe steht auch für die russische Arbeiterklasse auf der Tagesordnung.

Das Flugblatt unserer Petersburger Genossen schildert dann weiter die Aufgaben, die sich angesichts der drohenden internationalen Reaktion und der verhängnisvollen Folgen der bolschewistischen Diktatur für die russische Arbeiterklasse ergeben:

Der Sieg der internationalen Reaktion würde unausweichlich auch zum Triumph der russischen Gegenrevolution führen, die unter der Decke der bolschewistischen Diktatur herangereifte neue Bourgeoisie würde auf den Ruinen der Demokratie ihre Herrschaft aufrichten. Ihr Sieg würde bedeuten: die zunehmende Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Verstärkung der internationalen kapitalistischen Reaktion, die Schwächung des internationalen Proletariats. Die herausgehobene Reaktion kann nur gestemmt werden durch eine in Selbsttätigkeit erstarke und in ihren Klassenorganisationen vereinte Arbeiterklasse Rußlands.

Aber eine Einheit ist bei uns nicht vorhanden. Indem die Bolschewisten ihre politische Herrschaft mittels der Methoden des Bürgerkrieges in der Arbeiterklasse aufrichten, haben sie in Rußland den freien proletarischen Gedanken und das freie Wort erstickt, die Arbeiterorganisationen zerstört und die zähesten Gefährnisse mit Tausenden und Abertausenden Arbeitern und Sozialisten bedeckt. Sie haben die Arbeiterklasse nicht gestärkt, sondern macht- und kraftlos gemacht. Selbst jetzt, wo sie aus politischen Erwägungen als Verbündeter der proletarischen Einheitsfront im Westen auftreten, versprechen sie uns russischen Arbeitern durch den Mund ihrer Führer lediglich eine weitere Verstärkung des politischen Drucks.

Wir aber, Genossen, brauchen nicht die Einheitsfront der Rechtslosen, wir verlangen die Einheitsfront des Rechts. Wir verlangen Freiheit und Demokratie als Grundlage für den freien Zusammenschluß unserer zerstückelten Reihen in einer einheitlichen starken Arbeiterorganisation als notwendige Voraussetzung für den Erfolg unseres weiteren Kampfes für den Sozialismus.

Zum Schluß formuliert das Flugblatt die Alternative, vor der die russische Arbeiterklasse gegenwärtig steht:

Die Geschichte hat nun den Bolschewismus vor die Frage gestellt: entweder mit der Arbeiterklasse oder gegen sie! Entweder kapituliert die bolschewistische Partei vor dem Streben des Proletariats zur Einheit und Freiheit, entweder gibt sie die Diktatur preis und beschreitet den Weg der Demokratisierung Rußlands — oder aber sie legt ihre Politik des Terrors und der Gewalt gegen das Volk fort, weicht Schritt vor dem Kapital zurück und verwandelt sich unvermeidlich in ein Werkzeug der russischen Reaktion und des internationalen Imperialismus im Kampfe gegen das sozialistische Proletariat.

Jeder Arbeiter, jeder Kommunist, dem die Interessen der Arbeiterklasse teuer sind, muß über dieses schicksalsschwere Dilemma nachdenken. Jeder wirkliche, klassenbewußte Proletarier muß gemeinsam mit uns Sozialdemokraten laut und kraftvoll die Stimme erheben und den Kommunisten zurufen: Macht die Arbeiterorganisationen frei von den Fesseln bürokratischer Vormundschaft! Stellt den Terror ein! Setzt alle Sozialisten, alle Arbeiter in Freiheit, die die Interessen des Proletariats in ihrer Weise verteidigen! Erkennt die Freiheit des Wortes, der Presse und der Organisation für alle Strömungen in der Arbeiterklasse an!

Außerhalb der Freiheit und der Demokratie gibt es keine Einheit der Arbeiterklasse!

Für die gesamte europäische Arbeiterbewegung sind diese Darlegungen des Flugblattes unserer Petersburger Genossen von höchstem Interesse; denn aus ihnen ergeben sich nicht nur die ungeheuer komplizierten Aufgaben, die die Geschichte vor das russische Proletariat gestellt hat, es ergibt sich auch der Weg, den das internationale Proletariat zu beschreiten hat, um die Kerntuppen der russischen Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Reaktion zu unterstützen.

Die Wörder Wirbachs geht vor Gericht.

Wie die Berliner russische Zeitung „Goldschiff“ meldet, werden die inhaftierten russischen Sozialrevolutionäre Kamion,

Trutowsky und Majorow sich unter der Anklage des Vordes an dem ehemaligen deutschen General Grafen Mirbach vor dem bolschewistischen revolutionären Tribunal zu verantworten haben.

Rücktritt des polnischen Kriegsministers.

Der polnische Kriegsminister General Sosnkowski hat dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll der Rücktritt des Kriegsministers dadurch veranlaßt sein, daß seine Pläne bezüglich der seit längerer Zeit in Aussicht gestellten Erhöhung der Offiziersgehälter sich mit dem Sparmaßnahmenprogramm des Finanzministers Michalski kaum in Einklang bringen lassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Verammlung des deutschen Eisenbahnerverbandes.

Die Ortsgruppe Breslau des deutschen Eisenbahnerverbandes hielt am Sonntag eine außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung im „Zentral-Ballsaal“ ab. Große Mitgliedermassen waren mit der Haltung der Leitung des deutschen Eisenbahnerverbandes während der letzten Lohn- und Gehaltsbewegung nicht zufrieden. Der 1. Vorsitzende, Kollege Schöffel-Berlin, wollte nun den Breslauer Eisenbahner Redenschaft über das Verhalten der Leitung geben. Er war aber durch gewerkschaftliche Arbeiten festgehalten und an seiner Stelle war der 2. Vorsitzende, Kollege Bernert, erschienen, ein vorzüglicher und vollwertiger Ersatz für den vorgezogenen Redner. In fast zweistündigen Ausführungen kennzeichnete er scharf die Lohn- und Gehaltspolitik, die der Hauptverband befolgt und fand damit die Zustimmung fast aller Beisitzenden. Die Wenigen, die den Redner angriffen und mehr Radikalismus verlangten, fanden keinen Beifall.

Im wesentlichen führte der Hauptredner etwa folgendes aus: Schon seit länger als einem Jahre müssen wir uns in Verhandlungen mit Lohn- und Gehaltsfragen beschäftigen. Die Wirkung der goldenen Zeiten, denen man uns entgegenführte, wollte, hören wir. Da müssen sich die Vertreter der Arbeitnehmer immer wieder die Frage vorlegen, wie sind wir in der Lage, der wirtschaftlichen Not unserer Mitglieder Herr zu werden, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege? Wie werden wir in der Lage sein, auch als mächtige Organisation nicht, den Arbeitnehmern das zu geben, was sie zum Leben brauchen. Tausende und Aber-tausende haben heute schon vergessen, daß wir einen verlorenen Krieg hinter uns haben. Aber die Not ist nicht nur in Deutschland, das wirtschaftliche Elend ist international, jedoch nur bei denen, die ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdienen müssen. Das alles muß bei der Erörterung der allgemeinen Lage berücksichtigt werden. Es klingt sehr verlockend, einfach zu sagen, die Löhne und Gehälter sind um 50 Prozent zu reduzieren und im selben Maße die Preise herabzusetzen, wie dies der Allgemeine Verband der Eisenbahner beschloß; doch er hat ganz vergessen, daß man eine Wirtschaftsform nicht in 24 Stunden umstellen kann, weshalb wir, ob wir wollen oder nicht, gezwungen sind, die arbeitende Klasse durch Lohn- und Gehaltsbewegungen aufzubessern. Hierbei dürfen wir auch nicht vergessen, daß wir in unseren wirtschaftlichen Entscheidungen nicht frei sind. Es sind in Frankreich nicht nur bürgerliche Elemente, sondern auch Arbeiter bis weit nach links hinüber, die gegen eine Verbesserung des Friedensvertrages sind. Darum kann uns auch auf der Konferenz in Genäva nicht das wirtschaftliche Heil ergehen. Erfolgreicherweise sind die Deutschen dort zur ersten Tat geschritten, den ersten Schritt zum Wiederaufbau Europas, den Wirtschaftsvertrag mit Rußland.

Redner wandte sich hierauf der Zeit vor der Revolution zu, in der die Staatsarbeiter noch völlig entrechtet waren und weit hinter der Privatarbeiterklasse standen. Die Revolution hat auch für die Eisenbahner den Weg freigemacht, daselbst gilt für die Beamtenklasse. Mit einem Schlage lassen sich natürlich keine Idealzustände schaffen; doch eine Menge grundlegender Vorteile wurden in der Besoldungsreform niedergelegt.

Worin besteht nun der Unterschied zwischen dem deutschen Eisenbahnerverband und den anderen Eisenbahnerorganisationen? Wir kommen dadurch so oft mit unseren Mitgliedern in Widerspruch, weil wir als freie Gewerkschaft auf dem Standpunkt stehen, daß wir mit unseren Forderungen auf dem Boden der Möglichkeit bleiben und beanpruchen, ernst genommen zu werden. Der Beamtenbund und die Reichsgewerkschaft wurden leinerzeit mit ihren Forderungen nicht ernst genommen. Und doch ihre Forderungen eine theatrale war, zeigte, daß sie sofort bei der Verhandlung auf die Hälfte ihrer Forderungen zurückgingen. Leider haben wir auch in unseren Reihen sehr viele Mitglieder, die sich durch radikale Worte betören lassen. Eine Forderung aufstellen und sie auch durchsetzen, ist etwas anderes. So nahm die Reichsgewerkschaft und der Deutsche Beamtenbund die Führung zum erstenmal in die Hände und sie haben gezeigt, daß sie nicht fähig sind, Lohnpolitik im Interesse der Arbeitnehmer zu treiben. Als dann der deutsche Eisenbahnerverband die Verhandlungen leitete, wurde gerechelt, was noch zu retten war. Die Lohnpolitik des deutschen Eisenbahnerverbandes fußt auf dem Grundsatze, daß das Geforderte im Bereich der Möglichkeit liegt. Und wenn uns Tausende von Mitgliedern nicht verstehen wollen, so werden wir diese Rücksicht nicht verlassen. Es liegt nicht im Sinne der Arbeiterklasse, überspannte Forderungen zu stellen. Viele sagen auch, es könnte mehr erreicht werden, wenn der § 2 des Statuts öfter zur Anwendung kommen würde. Der Streik ist und bleibt eine zweischneidige Waffe. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob Eisenbahner in den Streik treten, oder eine andere Arbeiterkategorie. Von einem Eisenbahnstreik werden Hunderttausende und Millionen direkt getroffen, sowie das gesamte Wirtschaftsleben und nicht zuletzt das Proletariat selbst. Darum haben die Führer einer Eisenbahnergewerkschaft eine viel größere Verantwortung als andere Organisationsführer. Viele, die mit dem Eisenbahnstreik spielen, denken nicht daran, daß sie nicht nur Regieren, sondern auch unterliegen können. Auch hängt das Gelingen eines Streiks vielfach von der Sympathie der übrigen Bevölkerung ab. Ein Eisenbahnstreik wird aber selten die Sympathie der Allgemeinheit finden. Das ist ein Beweis, wie schwer und verzweifelungs-voll es ist, einen Streik zu proklamieren. Hier müssen alle Tatsachen erwogen und gewissenhaft abgezuhtelt werden, bevor dieser folgenschwere Schritt getan wird. Der Streik der Reichsgewerkschaft war der ungewerkschaftlichste, der jemals geführt wurde. Als der Streik aber Tatsache war, gab der deutsche Eisenbahnerverband die Parole aus: die Neutralität zu wahren und Streikarbeit abzu-
leihen. Durch diesen Entschluß kamen viele Kollegen in eine sehr peinliche Situation. Und sollte in Zukunft jemals wieder von dieser Seite zum Streik aufgerufen werden, so wird ihn der deutsche Eisenbahnerverband entweder als berechtigt anerkennen, oder ihn ablehnen.

Wohl wissen wir, daß die Gewerkschaftsbewegungen nicht befriedigen können, aber Schuld daran trägt unser gekränktes Wirtschaftsleben. Der Verband kann sich nicht nur mit Lohn- und Gehaltsfragen beschäftigen. Die Kollegen dürfen nicht vergessen, daß neue Kämpfe bevorstehen. Vorurteilslose Massen glauben,

daß das Milliardenverbot auf das Konto von überflüssigem Personal zu setzen ist. Als einzige Organisation hat es der deutsche Eisenbahnerverband durchgeleitet, daß 20 000 Menschen, die aus dem Eisenbahndienst entlassen werden, eine Abfederung in Gestalt eines Monatslohnes erhalten. Im Jahre 1923 werden 36 000 Bremser überflüssig werden. Das sind alles Fragen, deren sich der Verband annehmen muß. Darum müssen alle Kollegen einzeln und geschlossen zur Organisation stehen und den Anordnungen der Führer Folge leisten; denn sie arbeiten im Interesse des gesamten Personals. Und von gegenseitigem Vertrauen besetzt, wird eine neue Zeit heranzukommen, in der sich jeder als Mensch fühlen kann. Brauender Beifall wurde dem Redner für seine warm empfundenen Worte zu teil.

Alsdann teilte Kollege Gschmann noch mit, daß eine Funktionärsvollversammlung beschlossen hat, ebenso wie in den vorhergehenden Jahren, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Auch sollen noch Verhandlungen mit der Direktion stattfinden, die den Zweck haben, am 1. Mai den Verkehr in beschränktem Maße aufrecht zu erhalten, um auch den Verkehrsbeamten die Teilnahme an der Maifeier zu ermöglichen. Die Auflösung der Eisenbahner erfolgt am Freitagvormittag frühmorgens 8 1/2 Uhr. Mit der Aufforderung, sich vollständig an dem Arbeiterfeiertag zu beteiligen, schloß Kollege Kubrmeister die Versammlung.

Der Streik der Tapezierer beendet?

Die Streikleitung der Tapezierer schreibt uns: Der Vermittlungsvorschlag vom städtischen Schlichtungsausschuß wurde von den Gehilfen angenommen, während die Arbeitgeber eine Bedenkzeit benötigten und diese zugestanden erhielten bis spätestens 25. d. Mts. — eine weitere Frist erschien ihnen unmöglich — und dann war vier Stunden später Arbeitgeberversammlung. Diese wollte eine Bindung des Lohnaufschlages für den ganzen Monat Mai beschließen — doch es kam anders. Durch Verhandlungen am nächsten Tage wurde die Situation geschaffen, daß am Freitag zum Vermittlungstag die Arbeit aufgenommen wird.

Nur die drei Betriebe der freien Vereinigung im Holzgewerbe: Bauer, Hauswaldt und Welsch, hatten am folgenden Tage das „Problem“ noch nicht lösen können, bei diesen Großfabrikanten wird weiter gestreikt, während die Firmen Kimmel und Wastel & Krause bewilligt haben. Scheinbar ist beim Vorhandensein von Kalkulationsbüros die Notwendigkeit einer Arbeitslohnauflösung schwieriger zu ergründen.

Die Arbeitgebervereinigungen beschließen, den Rechnungsjahr für Gehilfenstandeslöhne festzusetzen. Sollte hier nicht eine Ursache zu finden sein, der Verteuerung der Produkte Einhalt zu tun? — denn das Doppelte als Arbeitgebergewinn allein am Stundenlohn muß denselben hoch erscheinen lassen.

Nach dieser Bemessung erwartet die Gewerkschaft, daß ihr der Rest vom Vermittlungsvorschlag in doppelter Form zum Werkfeiertag der Arbeit bewilligt wird und wenn ja, dann erübrigt sich das Fragezeichen am Anfang.

Aus aller Welt.

Nach sechs Jahren die Sprache wiedergefunden.

In der Schlacht bei Urzas im Jahre 1916 erlitt der Einwohner Stengel in Wodzhelm bei einer Beschussung einen Nervenschlag, der ihm die Sprache raubte. Als Stengel sich vor einigen Tagen im Walde aufhielt, fiel in seiner Nähe plötzlich ein Schuß, der ihn außerordentlich erschreckte und ihm die Sprache wiedergab. Wenn der Mann auch nur leise und gebrochen sprechen kann, so hoffen die Ärzte doch auf eine Wiedererlangung des vollständigen Sprachvermögens.

Der Bettelkünstler.

Im Rauchzimmer eines Hotels sah ein flüchtiger, anscheinend ziemlich origineller Herr bequem im Rehsuhl und hatte ein Bein über das andere geschlagen. Das Beinlein hatte sich an dem übergeschlagenen Bein ein hübsches hochgeschobenes und tief einen grellfarbigen, rotweißblaueringelten Strumpf ziehen, der alsbald die Aufmerksamkeit einiger Anwesenden erregte. Mit befriedigendem Lächeln sagte der glückliche Bettler: „Hübsches Kuster, nicht wahr? Ich weite, daß kein zweites Exemplar davon hier im Zimmer ist.“ „Ich weite eine Lage Bier, daß doch eines da ist, erwirbete ein junger Handlungsreisender. „Angenommen!“ rief der alte Herr. „Wo ist es?“ „An Ihrem anderen Fuß!“ gab der junge Mann zurück; er lachte triumphierend. „Da sitzen Sie sich“, sagte der Alte und er zeigte zum Vergnügen aller Anwesenden — der Bettler ausgenommen — einen schwarzen Strumpf.

Die Schlacht im Irrenhause.

Zu sonderbaren Szenen bei denen sich der seltsame Krall ereignete, daß die Insassen eines Irrenhauses Seite an Seite mit ihren Wärttern gegen die Polizei kämpften, kam es gelegentlich eines Streiks, in den das Personal der Provinzialirrenanstalt von Nottingham deshalb getreten war, weil die Direktion die mögliche Ruhezeit herabgesetzt hatte. Die Kranken ergriffen so leidenschaftlich Partei für ihre Wärtter, daß sie einen Inspektor, der sich verweigern wollte, ob sie nicht vernachlässigt würden, schwer mißhandelten. Uebrigens hatten die Wärtter die Pflege der Kranken nicht eingestellt und weigerten sich nur, den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen, jedoch die Beamten der Verwaltung und die Ärzte sich selbst ihre Wahlfreien Löhne und die Betten machen mußten. Der Streik endete schließlich in einer großen Schlacht, die die herbeigerufene Polizei den aus 44 Frauen und 17 Männern bestehenden Streikenden und ihren keltischen Hilfstuppen lieferte. Wärtter und Kranke hatten sich in den Räumen der Infanterie verbarrikadiert und legten sich mit Besen und anderen Geräten zur Wehr. Mehrere Polizeibeamte wurden von den Irren, die während um sich schißen und tranken, verletzt. Die Besagerten sangen im Chor das „Rufe Britannia“, und die Irren schmetterten fanatisch den Refrain: „Briten werden niemals Sklaven sein!“ Infolge der Erbitterung der Verhafteten zog sich das Ringen mehrere Stunden hin; dann hatte man sich aller Streitenden bemächtigt, und brachte sie auf Autos fort, während neues Personal sich der Irren annahm, die nur schwer zu beruhigen waren.

Verkehr und Sport

stellen an Rad und Auto große Anforderungen. Beide brauchen gute Reifen. Unzählige Erfolge in Rennen u. Zuverlässigkeitsfahrten sprechen für die Qualität der

Continental

Reifen

Rüstet zum 1. Mai!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. April.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteiessen und geselliger Auf, heute abend 7 1/2 Uhr in die Abteilungsversammlungen. Wichtige Tagesordnung! Abteilung Sandtor (Distrikte 18, 21, 22) Abteilungsversammlung Mittwoch den 26. April im 'Feldschützen', Weinstraße 53/55.

Quänterpeinung.

Meldungen von Klein- und Schulkindern, sowie Jugendlichen bis zu 17 Jahren, die aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen Spelung wünschen, werden noch heute Montag, sowie Dienstag und Mittwoch, nachmittags von 3 1/2 bis 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, erste Etage, Zimmer 10, entgegen genommen.

Aufruf an die Hausfrauen!

Ihr Kleinmütigen und Jaghaften, daß Ihr doch nur ein einziges Mal aus Eurer Lauigkeit herausginget! Da plagen sich nun seit zwei Jahren Tausende von Menschen ab, in Wort und Schrift den Arbeitern und Angestellten mit politischen Schlagworten die Notwendigkeit der 'Sozialisierung' oder 'der Ersaffung der Sachwerte', zweier, nicht nur politischer Schlagwörter, sondern hochwertiger wirtschaftlicher Dinge klar zu machen, und nicht ein einziger kleiner greifbarer Erfolg will sich zeigen.

Wenn schon die Männer, wegen Politik und Kartenspiel, wegen Schnapsgenuss und Ringkampfzwecke, keine Zeit für praktischen Sozialismus haben, dann zeigt Ihr elanhaft, Ihr Frauen und Mädchen, auf denen doch schließlich die Sorgen des Haushalts mit Kleinschwere lasten, daß Ihr Verständnis für praktische Dinge habt.

Ihr werdet, wenn Ihr Euch nicht bald bekennt, nicht mehr Gelegenheit finden, Euch selbst zu bemitleiden! Sprecht auch mit Euren Lebensgenossinnen auf Klur und Arbeitsstätte einmal darüber, ehe es zu spät ist. Eure Erkenntnis bereite den Männern den Weg, öffne ihnen die Augen für die anderen großen Aufgaben. Seht rings in der Welt den Kampf der Kapitalisten um ihre Profite; in Süddeutschland 130 000 Metallarbeiter, in Dänemark, wo unsere Kinder oft Erholung fanden, 100 000 Industriearbeiter ausgeperrt; in Breslau die Tapezierer, Barbierer, Holzarbeiter und Straßenbahner im Kampf um die Erhaltung des Lebens.

Sport am Sonntag

Schwerathletik. Bei dem am 1. und 2. Osterfeiertage in Plegnit abgehaltenen Kreiswettkampf des 1. Kreises (Schlesien) Arbeiter-Athletenbundes Deutschlands im Stammen und Ringen konnte von den daran beteiligten Breslauer Vereinen folgendes Resultat erzielt werden:

Kämpfer: leichte Jugendklasse 1. Preis B. Knöfel (Felsenfest), schwere Jugendklasse 1. Preis A. Bogel (Felsenfest), schwere Jugendklasse 2. Preis S. Sadler (Felsenfest), Federgewicht 1. Preis Künzel (Arch. Athl. Breslau), Federgewicht 2. Preis M. Raabe (Eichenlaub), Leichtgewicht 3. Preis M. Wolf (Eichenlaub), Leichtgewicht 4. Preis A. Hübner (Eichenlaub), Leichtgewicht 5. Preis R. Glatt (Felsenfest), Leichtgewicht 6. Preis R. Wolf (Eichenlaub).

Stimmen: Federgewicht 2. Preis C. Bugdalle (Zytron), leichtes Mittelgewicht 1. Preis K. Bader (Herkules), schweres Mittelgewicht und Schwergewicht je den 1. Preis R. Langest (Herkules).

Leichtnamter Verein hat seinen Sportbetrieb nach der Turnhalle Waterloostraße verlegt und hält seine Übungstunden gemeinsam mit Sportklub Felsenfest alle Dienstage und Freitage ab.

Kugelsport. Stern I - West 1:3:0, Halbzeit 0:0. Im Eichenpark war Hochbetrieb, spielten doch gleichzeitig vier Mannschaften der Sonderklasse. Der Kreismeister Stern hatte einen schärferen Gegner und wie immer zwischen diesen beiden gab es einen schweren Kampf.

Das Resultat entspricht nicht dem Spielverlauf. Ein Schrotor wäre der aufopfernd spielenden Weimannschaft zu gönnen gewesen. Stern habe ich schon besser gesehen, ebenso auch den Gegner.

Der verteuerte Wohnungsbau. Zur Ausführung des Breslauer Wohnbauprogramms, das die Schaffung von 1500 Wohnungen in diesem Jahre vorsieht, haben die Stadtverordneten heute 110 Millionen Mark bewilligt, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollten.

Zur Matzeier. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Sammelstelle nicht Breitestraße Regierung, sondern Wallstraße, Spitze an der Graupenstraße.

Die Kundgebung der 60. Am Donnerstag war Demonstrationstag der Kommunisten. (Siehe Berlin.) Dem Aufmarsch des internationalen Kapitals wollten sie den gemeinsamen Willen des Klassenbewußten Proletariats entgegenstellen.

Die 'Schlesische Arbeiterzeitung' scheint wohl die ganze Wucht dieser eigenen Kundgebung vorausgesehen zu haben, als sie sich über unsere große Karfreitagdemonstration gegen Wucher und Teuerung folgende Glosse leistete:

'Neben deinem Bruder steht du. Neben deinem Bruder steht ihr beide. Neben euren Brüdern steht ihr. Und unter euren verwahrlohten Gesichtern sehe ich die abgemühten Gesichter eurer Schwestern, eurer Mütter, eurer Weiber.'

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Montag, den 24. April, und Donnerstag, den 27. April, nachmittags von 4-5 Uhr, statt.

Antifischer Wettberichts. Die große Depression über Westeuropa fällt sich aus, das östliche Hochdruckgebiet kommt mehr zur Geltung, das Wetter heizt sich leicht veränderlichem Wandel langsam auf, die Erwärmung macht dabei Fortschritte.

Bei dem Sieger gefiel die ganze Mannschaft bis auf den Erklärtinsauhen. Bei Sid waren es der Mittel- und rechte Käufer sowie die Mitte, welche aus der Mannschaft hervorstachen.

Am Sonntag weilte Sturm mit der ersten, zweiten und ersten Jugendmannschaft in Dels zu Gaste. Die Jugendmannschaft gefiel besonders durch ihr gutes Kombinationspiel. Die gefährlichen Klanten des Rechtsaußen verhalfen ihr zum wohlverdienten 3:0-Siege.

Resultate vom Sonntag. Sonderklasse: Stern I - West I 3:0, Stern I - Sid I 5:1, Stern I - Sid II 0:0, Stern I - Sparta I 1:2, Stern I - Sparta II 3:0, Sturm I - J. I. Dels I 2:1, Sturm II - J. I. Dels II 4:0.

A-Klasse: Vorwärts I - Water Kl. Bresl. I 3:0, Vorwärts II - Jr. Sportfr. II 3:1, Water I - J. I. Dels I 3:0, Water II - J. I. Dels II 4:0, Riders I - Union I 2:0, Riders II - Union II 0:1 abgebr., Jr. Sportfr. I - Miede I 2:3, Eichenlaub I - Falke I kampfl. f. Eichenlaub, Eichenlaub II - Falke II 6:0.

III. Bezirksmannschaft: Sturm III - Jr. Sportfr. III 9:1, Stern III - West III 2:0, B. f. L. III - Sparta III 4:1, B. f. L. IV - West IV 0:3.

I. Jugendmannschaften: Sturm I J. - Dels I J. 3:0, Sid I J. - Union I J. 3:0, B. f. L. I J. - Silesta I J. 0:0.

II. Jugendmannschaften: B. f. R. II J. - Sturm II J. kampfl. f. Sturm, Strehlen I J. - West II J. 2:1, Sparta II J. - Silesta II J. 1:0.

Schülermannschaften: B. f. L. I Sch. - Stern II Sch. 3:0, B. f. L. II Sch. - Sparta I Sch. kampfl. f. Sparta.

Das für den 30. April angelegte Borrundenspiel um die Ostdeutsche Meisterschaft findet erst am 28. Mai in Breslau statt. Es wird vor allen Dingen bemängelt werden, daß die Herren Berichtsersteller so pünktlich die Zeit innehalten.

Die Kohlenarten für Haushaltungen werden diesmal für ein ganzes Jahr ausgegeben, und zwar für die Zeit vom 1. Mai 1922 bis 30. April 1923. Die Ausgabe geschieht zusammen mit der Ausgabe der Lebensmittelkarten in den Brotmarkenausgabestellen von Montag, den 24., bis Sonnabend, den 29. April 1922, in der üblichen Einteilung.

Anmeldungen zur Volkshochschule werden auf vielfachen Wunsch nochmals nachmittags von 5-8 Uhr am Donnerstag, den 27. April, im Volkshochschulamt, Springer-Strasse 5-9, 3. Stock, entgegen genommen; sonst nur noch werktags von 8-3 Uhr.

An der Städtischen Frauenberufsschule wird in diesen Tagen ein Turnseminar eröffnet. Die Aufnahmeprüfung findet am Donnerstag, den 27. d. Mts., früh 8 Uhr, in der 'Vorwärtsturnhalle', Gutenbergstraße 21/23, statt.

Steuermatten. Die städtischen Steuerstellen nehmen die für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerarten und Markenblätter nur noch bis einschließl. d. 29. April 1922 an.

Kampfe im Zeitgarten. Heute Montag kämpfen: Fortsetzung Jaago gegen Karzh in der Entschloßung, ferner Entschloßungs-Borkampf mit 4-Uhrer-Handschuhren Bremer-Breslau gegen den Herausforderer Linke-Breslau; es wird hierbei hart gehen. Danach ringen Katt gegen Berigloff.

Ertaupte Räuber. Am 18. April, abends gegen 11 Uhr, wurde am Bahndamm Bradau-Neckern 3 Männer angetroffen, die alle drei mit geladenen Revolvern, ferner mit einem Schlagring, Beizeange, sowie Dittichen ausgerüstet waren. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen Schlosser, einen Bäcker und einen Arbeiter handelte. Da der Verdacht vorlag, daß sie es auf Verabbarung von Güternwagen oder auf Heberfälle abgesehen hatten, wurden sie festgenommen.

Ershossen. Der Landwirt, der sich am 15. April in einem Gashof in der Rohrauer Straße erschossen hat, heißt, wie die Polizei ermittelt hat, tatsächlich Kar Rabe, der am 12. September 1888 in Jersow, Kreis Breslau, geboren und von Beruf Wirtschaftsinjektor war. Angehörige von ihm, die in Breslau wohnen, werden vom Polizei-Präsidenten ersucht, sich ohne Verzug im Zimmer 9, Schulbrücke 46, zu melden.

